

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo. 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16  
Fernsprecher S. 21. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigenpreis: Für die 10 gepaltene Millimeterzeile 1,30 M.  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Religion, Christliche und Wir

Im Lager der christlichen Gewerkschaften und vor allen Dingen im katholischen Zentrum ist große Not. Die Arbeiter sehen das Arbeitermädchende dieser Organisationen und lehnen sich dagegen auf. Die Bürgerblockpolitik, mit allem Zug und Krug gegen die Rentner, Inflationsgeschädigten, Kriegssopfer, mit ihrem Jollwucher und tollen Streichen gegen die Arbeiter, Angestellten- und Beamtschaft, läßt sich eben auf die Dauer nicht ungestraft betreiben. In solchen Zeiten wird nach alter Erfahrung die Kirche gegen die sozialistische Arbeiterbewegung mobil gemacht, um die getreuen Schützen im kapitalistischen Pfersch beieinander zu halten. Da wird der Beschluß der fuldaer Bischofskonferenz wieder von den Kanzeln verkündet und den Arbeitern, besonders aber den Arbeiterfrauen Abscheu gegen die freien Gewerkschaften eingeblut. Mit der Wahrheit wird es da gar nicht so genau genommen.

Eine Zeitungsnachricht jagt jetzt durch den christlichen Blätterwald, die sich gegen die freien Gewerkschaften richtet. In einem Artikel der Metallarbeiter-Zeitung soll der Nachweis der Religionsfeindschaft der freien Gewerkschaften enthalten sein. Um diesen Nachweis zu führen, wurden einfach Sätze aus dem Artikel gerissen und mit einigen verlogenen Bemerkungen versehen. Was ist daran? In einem Artikel nahm ein Mitarbeiter unserer Zeitung Stellung gegen das gedankenlose Hängen an Ungenauigkeiten und bezeichnet es als „das Bürgerliche in uns“. Dabei wurde auch das Verhalten junger Menschen besprochen, die sich aus innerem Gefühl von der Religion losgerissen haben, aber aus allerlei Rücksichten heraus gegen ihre Überzeugung handeln. Mit anderen Worten: sie werden zu armen seligen Heuchlern. Nicht gegen die Religion wendet sich der Artikelschreiber, sondern gegen das gedankenlose Heucheltum, das aus solchem Gebaren spricht.

Jeder Mensch, der auf Gerechtigkeit und Wahrheit steht, wird eine solche Kritik verstehen und durchaus in einer Gewerkschaftszeitung, die sich der Erziehung mit zu widmen hat, am Platze finden. Nicht so die Hüter der Kirche. Dreck machen sie aus einer Ermahnung zur Wahrheit gegen die Religionsverwirrung und auch gegen die eigene Person einen Kampf der Gewerkschaft gegen die Religion. Von den Kanzeln, aus dem Bewußtsein und in den Häusern der Arbeiter heißt man damit gegen die freien Gewerkschaften. Wir sind ja allerhand von der kirchlichen Seite gewöhnt, hier haben sie sich aber selbst übertraffen, denn die Geschichteten und Geschorenen brauchen gerade etwas, um von ihren Schandtatzen abzulenken. Die Bürgerblockpolitik macht den christlichen Kreisen sehr zu schaffen, die Arbeiter müssen als Wähler bei der Stange gehalten werden und das hält schwer, wenn diesen fortgesetzt ins Gesicht geschlagen wird. Gleich schlimm geht es den christlichen Gewerkschaften, denen durch ihre Bürgerblockpolitik die Hände gebunden sind. Da kommt es in der Regel vor, daß ihre Taten im schreienden Gegensatz zu ihren Worten stehen. Da wird Ablenkung gebraucht und darum wird der alte Lappen von der Religionsfeindschaft der freien Gewerkschaften geschwungen. Das hat immer noch bei den Armen im Geist gezogen.

Die freien Gewerkschaften stehen getreu ihren Grundsätzen zu der Ansicht: „Religion ist Privatangelegenheit.“ Das darf sie aber nicht abhalten, wenn sich die Kirche und ihre Hüter auf die Seite des menschenverachtenden Kapitalismus mit ihren unmoralischen Kampfmitteln stellt, daß auch dieser Kirche mit ihren Hütern mit der gleichen Ablehnung wie den kapitalistischen Einrichtungen gegenübergetreten werden muß. Denn Kirche und Religion sind zwei Dinge. Wo die Kirche ein Machtmittel der kapitalistischen Gesellschaft wird und dazu die Religion mißbraucht, muß sie bekämpft werden, und zwar um der Religion selbst willen.

Auch im Lager der Kirche finden sich immer mehr beherzte Männer, die den Kampf gegen Heuchelei und Unduldsamkeit führen. Sie wollen, daß die Kirche sich in den Dienst einer ausgleichenden Gerechtigkeit stellt, die Gerechtigkeit und Unduldsamkeit gegen Unberücksichtigende unterbleibt und sie zu einem Hort für die Unterdrückten und Geschlagenen wird. So glauben sie die sittliche Erneuerung eines Volkes am besten zu fördern. Einer dieser Sozialisten ist der Pfarrer Erwin Eckert, Mannheim, der in einem Artikel in dem Verbandsblatt des Deutschen Verkehrsverbandes die Frage:

#### Kann ein religiöser Mensch Mitglied einer freien Gewerkschaft sein?

behandelt und dabei zu einem Schluß kommt, der allgemeine Beachtung verdient. Eckert schreibt:

Warum werden immer und immer wieder Einwendungen gegen die freien Gewerkschaften erhoben, da es doch zahlreiche andere Gewerkschaften gibt, an denen man im allgemeinen keinen Anstoß nimmt? Das geschieht, weil die freien Gewerkschaften im Gegensatz zu den anderen nicht nur für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse eintreten, weil sie gegen die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung ankämpfen. Kurzum, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die Einwendungen, die erhoben werden, sind politischer, wirtschaftlicher, und auch religiöser Natur. Aber dieser Kampf der Gegner ist unehrlich. Der Klassenkampf ist nicht von den freien Gewerkschaften erfunden, sondern er ist die logische Folgerung aus der bestehenden Gesellschaftsordnung. Von niemand wird er schärfer und brutaler geführt als von den Unternehmern, die das um seine Befreiung kämpfende Proletariat in der alten Knechtschaft erhalten wollen. Das Kapital, gestützt auf seine wirtschaftliche Macht, unterstützt von der bürgerlichen Presse, beeinträchtigt die öffentliche Meinung und sucht so Haß und Abscheu gegen die freien Gewerkschaften zu wecken. Selbst Arbeiter, als Leiter der bürgerlichen Presse, unterliegen dieser Beeinflussung. Die Vertreter des beherrschenden

Christentums sind in ihrer Mehrzahl Bundesgenossen des Kapitals. Der Geist Rain's spricht aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der seinen Bruder erschlug um des Vorteils willen. Wenn die freien Gewerkschaften angesichts des riesigen Arbeitslosenheeres gegen die Verelendung breiter Volksmassen kämpfen, dann beweisen sie mehr Sorge um die Brüder und Schwestern als manche Christen, die immer nur von Bruderliebe reden. Wo ist die Kirche, die das Wort zur Wahrheit machte: „Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid!“ Der Bau der heutigen Gesellschaftsordnung zwingt uns dazu, Stellung in der Klassenfront des kämpfenden Proletariats zu nehmen. Lächerlich ist es, zu glauben, daß es immer so war und bleiben wird. Die Zeit kommt, wo es keine Herren und Knechte mehr geben wird. An der Kirche ist es, nicht mehr zu reden, sondern anders zu handeln. Es wird der Einwand erhoben, daß die freien Gewerkschaften religionsfeindlich seien, daß sie den Unglauben predigen. Die Kraft eines wirklichen Glaubens erkennt man aus den Taten. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Aber an den Früchten der christlichen Arbeiter Europas konnte man verweisen. Treibt man nicht allerorts Kriegsverherrlichung, rüftet zu neuen Morden? Wo ist das Gebot der Nächstenliebe, wo der Friede auf Erden, allen Menschen ein Wohlgefallen?

So sind große Teile der Arbeiterklasse am Christentum irre geworden. Ein Christentum, das sie nicht zur Erkenntnis ihrer Lage kommen läßt, das sie auf ein besseres Jenseits verweist, die Fragen des Diesseits nicht beantwortet, bleibt der Arbeiterklasse unverständlich. Die Kapitalisten sind besorgt, das Arbeitslosenheer möglichst groß zu halten, damit auf den Schaffenden die Furcht vor der Arbeitslosigkeit lastet und sie es nicht wagen, um die Verbesserung ihres Daseins zu kämpfen. Der Arbeiter ist heute zu einem Maschinenteil herabgedrückt. Von der langen Arbeitszeit kommt er abends todmüde nach Hause und ist nicht mehr imstande, für irgend etwas Aufmerksamkeit zu zeigen. Ist das noch ein Reichentum? Entschlossene Christen müssen dagegen Front machen und innerhalb der Kirchen! Die acht Sozialisten, die kürzlich in die Landesparade Badens eingezogen sind, haben bei der babilonischen Kirchenregierung unter anderem eine Entschließung eingebracht, in der gesagt wird, daß die Arbeitslosigkeit so groß ist, daß die Kirche dazu nicht länger schweigen kann. Die Kirche müsse von den christlichen Unternehmern eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine höhere Entlohnung der Arbeiter fordern aus den Mitteln des durch die Nationalisierung geschaffenen Profits. Es wird jetzt gesagt: „Ein Christ ist nicht revolutionär!“ Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ Jesus Christus. Die ungeheure Not des Volkes zwingt uns, revolutionär zu sein. Und die Kapitalisten verstehen es, selbst aus Revolutionen noch Geschäfte zu machen, wie China zeigt.

Wenn weiter gesagt wird: „Sei untertan der Obrigkeit“, dann sagen wir, Obrigkeiten ändern sich. Die vergangene Obrigkeit, die Monarchie, die maßlose Eindr über unser Volk brachte, hat Gott 1918 gerichtet. Obirigen sollen unsere Gegner zuerst das Wort beherzigen, denn die heutige Obrigkeit ist das souveräne Volk, ist die Republik. Die freien Gewerkschaften, die Sozialisten zerstören das Familienleben“ wird behauptet. Aber nicht die Sozialisten, sondern die kapitalistische Wirtschaftsordnung zerstört das Familienleben. Der Vater, täglich in harte Arbeitsfront gezwungen, die Mutter oft ebenfalls, die Kinder sich selbst überlassen, wo soll da das Familienglück herkommen?

Den freien Gewerkschaften wird vorgeworfen, daß sie international sind. Ist denn das Christentum eine nationale Angelegenheit? Im Kriege hat man den Wahnsinn soweit getrieben, Gott zu einem General der Deutschen, Franzosen usw. zu machen, der allen zum Siege verhelfen sollte. Ludwig Franke hat einmal gesagt: Wenn sich jemand auf den Weltplatz stellt und schreit immerzu: „Ich habe meinen Vater lieb“, so würde man ihn für verrückt erklären. So ist es auch mit den immer wiederholten Versicherungen der Vaterlandsliebe unserer Nationalisten. Auch uns ist das Land teuer, in dem wir geboren und unserer Kindheit Tage verlebten haben. Aber darüber hinaus gilt unsere Liebe der ganzen Menschheit. Deshalb legen sich die freien Gewerkschaften für die Überwindung der nationalen Gegensätze und für die Völkervereinigung ein. Hat Strejmann in Genf Locarno, eine andere Politik betrieben? Wenn es eine christliche Forderung gibt, dann ist es die der Völkervereinigung. Wir sehen also, daß es nichts Trennendes zwischen dem Christentum und den freien Gewerkschaften gibt und deshalb muß ein überzeugter Christ auch ein überzeugter und freier Gewerkschafter sein. Die christlichen Gewerkschaften sind daher so überflüssig wie ein Krampf. Es ist unzulässig, wenn manchmal von Freidenkern versucht wird, ihre Anschauung in den Vordergrund zu stellen und die Gewerkschaft freidenkerlich zu machen. Die freien Gewerkschaften müssen sich in dieser Hinsicht strengster Neutralität befleißigen. Die christlichen Männer und Frauen müssen Leimatsrecht in ihnen haben. Ein christlicher Gewerkschaftsleiter erklärte: Wenn es einmal so ist, dann haben wir keine Daseinsberechtigung.

Gott ist für uns kein alter Mann mit grauen Haaren, sondern der Geist, der das Weltall erschaffen hat. Dieser Gott muß auch in uns sein. Er soll bereitmachen für den Befreiungskampf der Arbeiter. Nur Menschen, die auch innerlich frei sind, werden diesen Kampf mit Erfolg führen können. Wir erstreben die Brüderlichkeit. Aber erforderlich ist, daß wir auch brüderlich handeln. Wir dürfen nicht glauben, daß, wenn der Sozialismus verwirklicht ist, auch die absolute Gerechtigkeit aller geschaffen ist. Es gibt auf der Welt kein absolutes Glück. Auch dann wird noch Trostlosigkeit sein, Sehnsucht nach einer Weiterentwicklung, wird Sünde und Schuld sein, und da wird es die Religion sein, befreit in neuer Form, die der Vertinnerlichung des Menschen dient. Ein schwerer Weg liegt noch vor uns. Er führt nicht von Erfolg zu Erfolg, Rückschläge werden sich uns hemmend in den Weg stellen. Die große Leidenschaftlichkeit, der Brüdergeist läßt die Sache der Arbeiterklasse, aber wir wollen nicht verzweifeln. Schon Karl Marx hat in seinem kommunistischen Manifest auf die vorübergehenden Spaltungen hingewiesen. Aber aus der Antipese entsteht die Synthese und die endgültige Befreiung. Blicke dich in die heutige Wirtschaftsepoche mit ihrer radikalen Umwälzung der Produktionsweise dazu angetan, diese Entwicklung zu beschleunigen. Die schicksalhafte Not wird auch die Zwillingen in der Arbeiterklasse überwinden. Kann wir das Ziel vielleicht nicht mehr erreichen werden, so soll es uns doch stolze Genugtuung sein, für die große gewaltige Idee der freien Gewerkschaften, für den Sozialismus gekämpft zu haben.

### Woher der Aufschwung?

Seit einem vollen Jahr genießt „die deutsche Wirtschaft“ den Segen einer sich ständig bessernden Geschäftslage. Von Krise, von Absatzstodung ist keine Rede, überall Zunahme des Umsatzes und der Produktion. Machen wir uns das zunächst an ein paar der wichtigsten Zahlen anschaulich, P r o d u z i e r t wurden:

	im Juni 1927	im Mai 1927
Stehkohlen	11,8	12,3 Millionen Tonnen
Eisen und Stahl	1,1	1,6
Fertiggestellte Wohnungen	5900	6400 (in 92 Städten über 50000 Einw.)

Für die Steigerung des W a r e u m s a t z e s zeugen folgende Ziffern:

Eisenbahnwagengestellung	8280000	3790000 Stück
Einnahmen aus d. Güterverkehr	226	271 Millionen M.
Umsatzwert der Reichsbank	4800	8400
Reichsbankverkehr	9800	11000
Wirtschaftskredite	2190	2980
Einfuhr	800	1180
Ausfuhr	780	840
Umsatz der Konsumvereine	4,78	6,75 M. p. Mitglied und Woche
Sparkasteneinlagen	2400	3900 Millionen M.

Die Tatsache, daß die Ausfuhr sich viel weniger gehoben hat als die Einfuhr, im Zusammenhang mit der starken Steigerung des Umsatzes der Konsumvereine, spricht dafür, daß der größere Teil der mehr produzierten und verkauften Waren dem inländischen Verbrauch zugeflossen ist.

Weitere Beweise der guten Geschäftslage sind: die sehr bedeutende Abnahme der Konturle und Geschäftsaufsichten (von 1390 auf 590), die Steigerung der Aktienurse (Index von 33 auf 56 1/2) und die Steigerung der Preise. Es stieg der Index der Großhandelspreise von 192 auf 137 Lebenshaltungskosten von 141 auf 147.

Die Frage ist nun, woher dieser Aufschwung gekommen, wodurch er verursacht sein mag. Die Unternehmerpresse preist ihn als einen Erfolg der Nationalisierung: es sei das eingetreten, was man von vornherein erhofft habe, nach einer vorübergehenden Leidenszeit wäre durch Verbilligung der Waren die allgemeine Kaufkraft der Massen vergrößert, infolgedessen die Produktion erweitert, die Arbeitslosigkeit vermindert und so abermals die zahlungsfähige Nachfrage vermehrt worden.

Man kann diesen Einwand nicht einfach abtun durch den Hinweis darauf, daß die Preise ja gar nicht gesunken, sondern gestiegen sind. Denn darauf erwidern die Unternehmer: Die Fertigwaren sind billiger geworden, und gerade auf die kommt es an, und was die Kosten der Lebenshaltung anbetrifft, so sind die Geldlöhne noch mehr gestiegen als sie. Indessen, das ist ein Gegenstand, den wir in den letzten Wochen und Monaten wiederholt abgehandelt haben. Man muß zwar immer wieder darauf zurückkommen, weil die Gegner es tun. So zum Beispiel widmet die Arbeitgeberzeitung am 24. Juli wieder einen großen Leiter dem angeblichen Nachweis, daß die Arbeitslöhne in Deutschland, ihrer tatsächlichen Kaufkraft nach, die volle Vorkriegeshöhe erreicht hätten, während die Kapitalprofite tief darunter ständen. Und sie tut das mit der Miene vollereiter Unschuld, als ob noch nie jemand das Gegenteil bewiesen hätte. Wir wollen jedoch darauf heute nicht eingehen, sondern uns der allgemeinen Frage zuwenden, ob die Kaufkraft der deutschen Arbeiterklasse so gewachsen ist, daß aus ihr der allgemeine Geschäftsaufschwung sich erklären läßt.

Die Kaufkraft der A r b e i t s l ö h n e ist auf keinen Fall gestiegen. Dafür können wir uns auf unsere eigenen früheren Darlegungen berufen sowie auf eine neuere Arbeit der Gewerkschaftszeitung (Nr. 28 vom 9. Juli). Hier ist an der Hand von ungefähr 16 000 Lohnzuten aus Berlin nachgewiesen, daß — im Gegensatz zu den Tariflöhnen, die allein für die amtliche Statistik existieren, die aber vielfach nur auf dem Papier stehen — die tatsächlich ausgezahlten Löhne Ende 1926 sogar im Geldbetrag häufig kleiner waren als Ende 1925. Auch der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaften für 1926 muß zum Beispiel feststellen, daß in der Metallindustrie die Akfordlöhne um 30 bis 40 vH, in einzelnen Fällen sogar um 70 vH gesenkt worden sind.“ Gerade in der Metallindustrie arbeiten aber die allermeisten Berliner Betriebe in Akford. Also trotz aller Rechtfertigungen der Unternehmer bleibt dabei, daß in der Zeit des geschäftlichen Aufschwungs und der steigenden Kapitalprofite die Kaufkraft der Arbeitslöhne stark gesunken ist. Wie aber stehts mit der A r b e i t s l ö s i g k e i t? Da diese sehr erheblich geringer geworden ist, so muß von dort her die insgesamt vorhandene Kaufkraft nicht unbedeutlich vermehrt worden sein.

Zwar — das muß bei jeder Gelegenheit betont werden — ist die Arbeitslosigkeit in Wahrheit sehr viel umfangreicher, als sie nach der Art der amtlichen Veröffentlichungen erscheint. In dem bürgerlichen Berliner Wägen-Courier vom 26. Juli hat der bürgerliche Abgeordnete Lemmer ausgerechnet, daß die wirkliche Zahl der Arbeitslosen wenigstens doppelt so groß ist wie die Zahl der „Hauptunterstützungsempfänger“ (wofür man nämlich einbezieht die Notstandsarbeiter, die Kurzarbeiter, die Ausgesteuerten, die der Arbeitslosenfürsorge überwiesenen und die Abgelegten). Da für Mai immer noch 650 000 Unterstützungsempfänger angegeben sind, so hat es damals also noch mindestens 1 300 000 Arbeitslose in Deutschland gegeben. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß es ein Jahr zuvor fast dreimal soviel waren. Über 2 1/2 Millionen Proletariat müssen demnach in Beschäftigung gekommen sein, und es versteht sich von selbst, daß die alsdann entsprechend mehr gekauft und so zum geschäftlichen Aufschwung beigetragen haben.



Aber die Ursache, der Anstoß zum Aufschwung kann das nicht gewesen sein. Denn das kam ja erst, als der Aufschwung schon im Gange war! Im Dezember gab es noch genau soviel Arbeitslose wie im Juni (sogar noch eine Kleinigkeit mehr, 1.760.000 Unterstufte), und im Januar stieg ihre Zahl noch, erst im Februar begann der Abstieg und zunächst auch noch sehr langsam. Die von hier zugewachsene Kaufkraft kann also unmöglich den 9 Monate zuvor eingetretenen Aufschwung verursacht haben. Die Zeit vor jenem Aufschwung aber hat bekanntlich eine unheimliche Zunahme der Arbeitslosigkeit gebracht.

Woher kam denn nun aber der Aufschwung? Des Rätsels Lösung finden wir in den Heften des Berliner Instituts für Konjunkturforschung. Sie hängt allerdings mit den Arbeitslöhnen zusammen, in der Tat sind es die Arbeitslöhne, die den Anstoß zur guten Konjunktur gegeben haben, aber nicht die gesamten, sondern die ungezählten! Dort ist nämlich ausgerechnet, daß das deutsche Unternehmertum infolge der Rationalisierung bereits im Jahre 1925 eine volle Milliarde Mark an Arbeitslöhnen erspart hat, und im Jahre 1926 nicht weniger als 4 Milliarden Mark! Zur Verbilligung der Waren sind diese gewaltigen Summen bekanntermaßen nicht verwendet worden. Wozu sonst? Sie sind natürlich zu neuer Produktion, zu neuen Profitzwecken angelegt worden, und da haben wir die Kaufkraft, die den geschäftlichen Aufschwung hervorbringt.

Die Sache ist also gerade umgekehrt, als die Unternehmerpreise sie darzustellen beliebt: nicht weil die Arbeiter mehr verdienen, ist es zu der besseren Geschäftslage gekommen, sondern weil sie mehr verdienen!

## Die neue Leuerung

Die Früchte der verfehlten Wirtschaftspolitik des Reiches reifen. In jedem Haushalt spürt man die Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfswaren. Die Reichsstatistik bestätigt für die gesamte Wirtschaft diese Erscheinungen, die den Einzelhaushalt so schwer belasten. Die Lebenshaltungskosten sind seit September vorigen Jahres bis zum Monat Juli von 142 auf 150 vH des Vorjahresstandes, also um mehr als 5 vH gestiegen. Neben die erhebliche Verteuerung der Wohnung tritt diejenige der Ernährungskosten. Budgetzölle und Verteuerung werden zusammen, um die Lebenshaltung der Arbeiterklasse noch mehr zu erschweren, als es bei den knappen Reallohnen ohnehin der Fall ist.

Aber nicht nur diese soziale Seite der Leuerung verdient heute Beachtung. Unter großen Klämpfen und Zudrängen wurde die deutsche Volkswirtschaft nach den Wirren der Inflation wieder angebahnt. Zu den unheimlichen Auslandsschulden der Domeslanten hat die jetzt bereits nach Milliarden zählende und inzwischen noch größer werdende freiwillige Verschuldung durch Kredite, die die deutsche Wirtschaft aufnehmen mußte, um Produktion und Absatz finanzieren zu können. Gerade neuerdings sind die Vermögens-, Auslandskapital heranzuziehen, wieder verstärkt worden durch den Umstand, daß der deutsche Kapitalmarkt infolge der sich ausbreitenden Produktion und der trotz ihrer Lebhaftigkeit unzureichenden Kapitalbildung im Inland, nicht zuletzt aber infolge der falschen Dispositionen der Banken und der Förderung der Spekulation in der Verzerrung geraten ist. Ob die neuen Kreditgesuche das Ziel, die Kapitalknappheit zu bannen, erreichen, ist noch fraglich. Fehlen der Wirtschaft die Betriebsmittel, so muß sie ins Stoden kommen. Diese Gefahr wird dadurch gesteigert, daß gleichzeitig der Kapitalbedarf infolge der steigenden Warenpreise wächst, ohne voll befriedigt werden zu können. Unter diesen Umständen ist es ein bedrohliches Zeichen, daß die Großhandelspreise etwa seit April eine fortgesetzte Steigerung aufweisen. Dabei ist es besonders auffallend, daß die rationalisierte Industrie, die der deutschen Volkswirtschaft nicht nur riesiges Kapital, sondern auch eine ungeheure Umstellungskrise mit phantastischen Arbeitslosengängen und Verlusten an Arbeitszeit geliefert hat, ihre Preise fortgesetzt erhöht. Der Preisindex der industriellen Fertigwaren ist mit einer geradezu unheimlichen Gleichmäßigkeit seit Anfang dieses Jahres gestiegen und es sind weniger die Kapitalgüter, also insbesondere die Produktionsmittel, die sich so verteuert haben, als gerade die zum Konsum notwendigen Gebrauchsgüter, die den Leuerungsschritt bestimmen. Um volle 10 Punkte, von rund 151 auf 161, sind die Preise dieser Waren gestiegen in einer Zeit, wo die Lebensmittelpreise andauernd in die Höhe streben.

Das Ende dieser Leuerung ist vorläufig noch nicht abzusehen. Jeder Tag bringt auf mehr oder minder bedeutenden Wirtschaftskreisen neue Meldungen über Preisveränderungen. Demgegenüber sind die Preisveränderungen, die hier und da verzeichnet werden können, beschränkt auf wenige Sondergebiete der Wirtschaft — zum Beispiel Automobilindustrie, Erdöl, u. a. — und bleiben auf den allgemeinen Markt ohne Einfluß. Überlagert sich die Preisveränderung, halten die Löhne mit der Leuerung nicht Schritt, so ist die Abszisse die unabweisliche Folge. Die Gefahr, daß die erstfällige Verteuerung am Arbeitsmarkt während dieses Sommers wieder durch einen Rückgang abgelehnt wird, rückt so in unmittelbare Nähe und mit ihr alle die schweren wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die eine derartige Krise nach sich zieht.

Mag das so sein? — Schemmwegs. Ziele der Preisveränderungen auf dem industriellen Markt sind fast überall beschränkt auf den rücksichtslosen Preis der Waare, die jede Verteuerung der Konjunktur zu einer Erhöhung der Profitrate des Unternehmers anzuregen. Die Vorgesetztenregierung oder besser ihre Vorläufer, das Sachverständigenbüro des Herrn Rath, hat das erkannt und daher jenes Kartellgesetz erlassen, das sich heute als nahezu unwirksam erweist. Es konnte eine Festlegung etwas anders, als die Wirtschaft nach unter dem unmittelbaren Einfluß der Inflation stand. Weil es aber nicht um juristische Laubhülle anzuhängen und rechtswirksam keine ihre Wirkung hatte, konnte es ohne überausen Nachgedanken eingeleitet werden, nicht so in unmittelbarer Nähe und mit ihr alle die schweren wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die eine derartige Krise nach sich zieht.

Die zweite unmittelbare Ursache ist die deutsche Zollpolitik. Einmal, der handelsrechtliche Wirtschaftswirter, wurde kürzlich festgestellt, daß die letzte, jetzt verhängte Zollveränderung unerwünschte Folgen gebracht hat. Die erheblichen Handelsüberschüsse, die die Folge waren, sind nicht zu Stande gekommen und Deutschland bleibt auf einer hohen Ebene, die sich jetzt als Sperre gegen die fremde Konkurrenz und als Mittel der Preisveränderung erweist, ohne den internationalen Warenverkehr zu beleben, von dessen Aufschwung Deutschland profitieren wollte. Daher gerade die Leuerung der Industriellen und daher auch die Leuerung der Konsumgüter. Auf dem Markt der Fertigenwaren galten Preise bis zum März und noch später als Höchst, weil die Konkurrenz der einzelnen Unternehmern miteinander zu groß war. In dem Maße der Abklärung hat sich auch ihre Schwäche wiederum deutlich gezeigt. Als aber die Hochkonjunktur wieder begann, hatten die Führer der Wirtschaft bereits aus den Erfahrungen der Vergangenheit ihre Lehren gezogen, und sie suchten ihre Monopolrechte dem Reich durch die Zollpolitik gegenüber zu stellen, um Monopolrechte und festgesetzte Preise in die Höhe zu treiben.

Wichtig aber wird das Urteil sein, das mit der Rationalisierung der Lebenshaltung und der Erziehung des Volkswirtschaftswirter herbeigeführt werden ist. Der Reichsstatistik steht sich mit der eigenen Statistik über die Erziehung der Opposition. Herr Scheffle hat mit großen Nachdruck erklärt, die Lebenshaltungskosten sind höher, weil die Industriellen durch den Zollschutz besonders begünstigt werden können und damit der Lebenshaltung ein Ausgleicher gebracht werden mußte. Heute zeigt sich, daß diese Verteuerung ganz unangebracht ist. Die Lebenshaltungskosten haben die Verteuerung des Lebensmittelpreises bewirkt. Gleichzeitig

aber sind die Fabrikpreise in anhaltendem Steigen. Die wertvolle Landwirtschaft, deren Verbrauch dem des städtischen Arbeiters näher als etwa dem des feudalen Großgrundbesitzers ist, muß die steigenden Industriepreise tragen, genau so wie die übrigen Verbraucher. Sie spürt die Leuerung nicht viel anders als der städtische Arbeiter und Angestellte. Man kann eben nicht mit dem Mittel der Zollschraube in das Wirtschaftsgetriebe eingreifen, ohne dem wirtschaftlich Schwächeren weiter in den Glend zu stürzen.

Die Leuerung, die wir jetzt erleben, ist wirtschaftlich und sozial gesehen, eine schwere Gefahr. Wenn je, so ist es jetzt Zeit, mit entschließenden Maßnahmen einzugreifen. Wir erwarten sie vom Bürgerblock nicht. Aber die Arbeiterklasse muß erkennen, daß dieses Spiel nur dann ein Ende haben kann, wenn sich alle Werktätigen zum entschlossenen Kampf gegen diese verfehlte Wirtschaftspolitik aufrichten.

## Zunahme der Frauenerwerbsarbeit

Es ist der Frau nicht leicht gemacht worden, im gewerkschaftlichen und politischen Leben sich zu betätigen. In dem alten Deutschland, wo das Weiblichem noch bestehen konnte und die Frau überhaupt kein Wahlrecht besaß, erkannte man die öffentliche Betätigung der Frau nicht an. Sie war dazu da, Kinder zu gebären, aber Rechte durfte sie nicht beanspruchen. Noch bis zum Jahre 1908 war es den Frauen verboten, sich politisch zu organisieren. Erst in diesem Jahre wurde das Weiblichemgesetz im Reichstag durch die letzte Leung gehebt, das dieses Verbot nicht mehr enthielt. Die proletarische Frauenbewegung indes hatte sich bereits in einem frühen Kleinrieg eine politische Bewegungsfreiheit erkämpft, mit der sie auch ohne formales Recht auskommen vermochte.

Nicht so schlimm erging es den Frauen, die im Erwerbsleben standen und sich ihrer Gewerkschaft angeschlossen. Auch sie waren noch manchen Verfolgungen ausgesetzt, aber die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Belange konnte man ihnen doch nicht ganz beschneiden. So ist denn auch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Frauen von dem Recht der gewerkschaftlichen Organisation in reichlichem Maße Gebrauch gemacht haben. Die 56 Verbände, die im Jahre 1892 bestanden, hatten unter ihren 237.000 Mitgliedern bereits 4400 weibliche Mitglieder. Von da ab nahm dann die weibliche Mitgliederzahl ständig zu. Im Jahre 1910 gab es 161.000 und im Jahre 1914 rund 222.000. Nach dem Kriege waren sie auf über eine Million angewachsen. Heute sind in den freien Gewerkschaften zusammen mit den Männern über 7 Millionen Frauen organisiert.

Das ist ein Erfolg, der sich sehen läßt, aber noch nicht befriedigt, wenn man bedenkt, daß heute erheblich mehr Frauen im Erwerbsleben stehen als vor dem Kriege. Nach den Feststellungen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 sind heute rund 3 Millionen mehr weibliche Erwerbstätige in Deutschland vorhanden, als 1917. Diese gewaltige Vermehrung fällt noch mehr ins Gewicht, wenn man den Gebiets- und Bevölkerungsverlust mit in Rechnung stellt, den Deutschland durch den Friedensabluß erlitten hat. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen vermehrte sich von 8.500.000 im Jahre 1917 auf 11.477.000 im Jahre 1925. Die Vermehrung verteilt sich nicht auf alle Berufe gleichmäßig, sondern am stärksten von der Zunahme sind erfasst die Angestelltenkategorie und diejenigen Industrien, in denen die Frau vor dem Kriege noch nicht eingesetzt war. In der elektrotechnischen Industrie, Feinmechanik und Optik hat sich die Zahl der weiblichen Beschäftigten von 24.000 im Jahre 1917 auf 145.000 im Jahre 1925 vermehrt. Im Maschinen-, Apparate- und Flugzeugbau hat sie zugenommen von 12.000 auf 71.000, in der Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren von 86.000 auf 143.000, in der chemischen Industrie von 42.000 auf 73.000, in der Textilindustrie von 562.000 auf 681.000, in der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie von 22.000 auf 49.000, im Handelsgewerbe von 745.000 auf 1.144.000 ufo.

Das sind heute Zahlen. Viele Millionen Frauen stehen im Erwerbsleben und müssen hart um den täglichen Unterhalt sorgen. Ungezählt ist die Zahl derjenigen, die nicht bloß für den eigenen Lebensunterhalt, sondern auch für den einer Familie zu sorgen haben. Das große Kolonnenleben im Kriege hat große Wunden in die männliche Bevölkerung gerissen. Nicht selten ist es die Frau, die einspringen muß, wenn der männliche Ernährer von Unglück oder Arbeitslosigkeit betroffen wird. Und viele junge Mädchen müssen heute zu dem elterlichen Hausstand beitragen von ihrem eigenen Verdienst, von dem sie selbst nur knapp sich ernähren und leiden können. Heute wird nicht mehr auf die forderliche Beschaffenheit des Weibes Rücksicht genommen. Weil die weibliche Arbeitskraft immer noch billiger ist als die männliche, sorgen die Unternehmer dafür, daß das Heer der weiblichen Erwerbstätigen immer größer wird.

In der heutigen Wirtschaftsordnung wird die Familie zerrissen. Erbanungslos werden die kaum erwachsenen Kinder in den Produktionsprozess gezwungen. Unsere Arbeiterkassen kennen das jüngerer Familienleben nur vom Hörensagen. Angehts dieser Lasten besteht kein Grund, diese Wirtschaftsveränderung als gegenständig zu bezeichnen. Die einzige Schlussfolgerung, die sowohl der Mann wie die Frau daraus ziehen müssen, ist die, gemeinsam und geschlossen zu kämpfen für die sozialistische Gesellschaftsordnung. E. M. R. e. u. m. a. n.

## Die Sehnsucht der Rüstungsindustrie

Seit einiger Zeit gelangt auf Heften und Werten eine Wertung zur Verteilung, die als Kopfschlag im Auftrag der „Dinta“ in Gelsenkirchen gedruckt und die einmal „Hüte und Schacht“, ein anderes Mal „Zeitung der Höhe R. N.“ benannt wird. Diese Blätter haben nur den einen Zweck, die Arbeiterklasse zu verblöden, ihr das Ansehensprogramm der Industriekritik (die bürgerliche Presse nennt letztere Wirtschaftsjahre) schmuckhaft zu machen. Auf sie mit Verachtung oder abfällig übersehenen Tatsachen und wirtschaftliche Rückschlüsse zu tun und Stimmen der Werkangehörigen mit klaren Alltagsfragen fallen die Seiten. Ab und zu macht man ein kleines handwinkiges Feuerchen. Dem Gewerkschaftler erregt das letztere schon ziemlich verblöden, denn den Herren Industriekritikern fehlen heute die früher so prächtigen Gewinne aus der Rüstungsindustrie. In der Nr. 13 lautet die Zeitung „Hüte und Schacht“ (Mittelteilungsblatt der „Hütten- und Eisenwerke“) ein Gegenstück, an dem nicht vorbeigegangen werden kann. Sie schreibt da unter der Spitzmarke: „Wie lange noch?“ folgendes:

„Der als Deutscher, dem sein Vaterland nicht ein fremdenhafter Begriff ist, sondern eine gewöhnliche Realität bedeutet, einmal ernsthaft über die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands in der Welt nachdenkt, der muß bis in die Tiefen seiner Seele erschrecken darüber, wie wenig Deutschland heutzutage als Machtfaktor in Frage kommt. Seit der Vernichtung des Weltkrieges „erfüllt“ das deutsche Volk unter unagütigen harten Opfern alles, was unsere ehemaligen Feinde — die es in Deutschland noch immer sind — und die Weltanschauer der deutschen Stahlindustrie“ (Schriftl. der RZ) — von ihm zu fordern in ihrem Interesse für gut halten. Küper jüngerer Gegenüberstellungen hat Deutschland von seinen Gegnern — allen denen Frankreich — kann eine reale Gegenleistung für seine Opfer erhalten. Mit aus empfinden in der langen Reihe nicht ungeschickter Gegenüberstellungen ist die immer wieder willkürlich hin- und hergeschobene Räumung deutscher Gebiete von der fremden militärischen Besatzung. Auf nicht jeden Deutschen grimmiger Born ruhen, wenn er hört, daß noch immer aus Berlin 75.000 Mann allierter Truppen gehen? Als Deutschland noch eine unpopuläre Alliertermacht war, (Hilf! Schriftl. der RZ), fanden in denselben Landesstrichen, die jetzt besetzt sind, etwa 50.000 Mann eigener Truppen in 26 Bataillonen, während die Allierten gegenwärtig 115 — fast vierfach soviel! — Bataillonen haben! Natürlich muß die Reichsregierung diese fremden Gewalttäter bezahlen, und zwar sehr viel. Jeder deutsche Erwerbszähler muß dafür mitzahlen. Aber die meisten denken leider nicht daran, sie leben in den Tag hinein, arbeiten und zahlen,

ohne zu wissen, wofür! Man fragt sich immer wieder: Wozu denn eigentlich dieser hahnehüchene Zustand? Die ganze Welt weiß doch genau, daß Deutschland heutzutage mit seinen 100.000 Mann Reichswehr und 50.000 Polizeitruppen, die — im Vergleich zu allen anderen Heeren der Welt — mehr als (jetzt kommt der Friede des Aufschlages Schriftl. der RZ) jämmerlich mit Kriegsmaterialia versehen sind, wahrhaftig keine militärische Macht darstellt, die man irgendwie fürchten müßte. Wozu noch weiter diesen allem Recht habenden Zustand einer ungeheuerlichen Besatzung? Verwunderlich bleibt dabei nur, daß das deutsche Volk diesen empörenden Zustand so ruhig erträgt, als wäre nichts, worüber man sich erregen müßte. Wie lange noch? Wann wird ein Volkssturm der Entrüstung dem Rechte (lies: die Sehnsucht der Rüstungsindustriellen nach Gesetzesänderung, Schriftl. der RZ) zum Siege verhelfen?“

Der Aufsatz würde in einer deutschen nationalen Tageszeitung wenig Aufsehen erregen. Doch in einem „unzufälligen“ Mittelteilungsblatt für Werkangehörige, das umsonst auf Geschäftsverlusten der deutschen Schwerindustrie den Arbeitern aufgebracht wird, riecht diese Geschreibsel zu sehr nach Geschäft. Zwischen den Zeilen kann man die starke Sehnsucht nach einer Verteilung der Rüstungsindustrie lesen. Harmlose Gemüter werden sich dem Ruf der Entrüstung anschließen. Auf ihre Dummheit istelliert das Unternehmertum. Sie merken nicht, daß mit derartigen Behereien Stimmung gemacht werden soll. Aber jeder organisierte Arbeiter hat die Pflicht, seinen abseitslebenden Kollegen die Augen zu öffnen. Er hat ihnen zu sagen, daß die Kreise, die jetzt in den gelben Wertblättern so besorgt sind um Volk und Vaterland, nicht das geringste Recht haben, hier mitzusprechen.

## Massensteuern als Konjunkturbarometer

Die Zölle und Verbrauchsabgaben insgesamt hatten im Juni eine Höhe erreicht wie in keinem Monat nach der Stabilisierung. Die Belastung der Massen durch öffentliche Abgaben wird dadurch unwiderleglich darzulegen. Aber die Entwicklung der untenstehenden Zahlenreihen gibt auch den Verlauf der Konjunktur wieder. Denn schon die große Summe der Einkommensteuer deutet auf eine Einfuhrsteigerung hin, wie sie nur ein industrieller Hochschwung verbauen kann. Das Gesamtbild ist wie folgt (Erträge in Millionen Mark):

Monatsdurchschnitt	Beförderungsteuer	Lohnsteuer	Tabaksteuer	Biersteuer	Zölle und Verbrauchsabgaben insgesamt
1926 4. Quartal	26,9	99	74	21	228
1927 Januar	26,7	104	61	3	235
Februar	24,4	80	60	13	197
März	22,4	81	71	22	236
April	25,9	92	54	23	210
Mai	27,6	100	61	29	238
Juni	28,9	108	59	27	239

Die Tabak- und Biersteuer ausgenommen wird die Verteilung der deutschen Wirtschaft im Spiegel dieser Zahlen offenbar. Die Umsatz-, Beförderung-, Wechselstempel-, Lohnsteuer, Zölle und Verbrauchsabgaben haben im ersten Quartal des laufenden Rechnungsjahres mehr als 60 vH der gesamten Reichseinnahmen gebracht. Es ist die breite Masse, die hier als Zahler auftritt. Hieraus kann man ersehen, wie in Deutschland die öffentlichen Lasten in der Hauptsache zu tragen hat.

## Der Bürgerblock zieht den Brotkorb höher

Wer es nicht glauben will, daß der Brotkorb immer höher geht, der richte seinen Blick auf die Weizkassen für die Lebenshaltungskosten. Im Juli ist wiederum eine nicht geringe Erhöhung erfolgt. Dies zeigt die nachstehende Zusammenstellung:

Monat	Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Wohnung	Sonstiger Bedarf
Januar 1927	144,8	150,7	156,7	182,4
April	148,4	150,8	155,9	182,9
Mai	146,5	150,8	155,7	183,2
Juni	147,7	152,8	156,4	183,3
Juli	150,0	156,9	156,4	183,5

Die Ausgaben für die Wohnung haben sich seit April nicht verändert. Der Posten Heizung und Beleuchtung erfreut seit Jahresanfang eine Senkung, jedoch im Juli eine Erhöhung von 1 vH. Gestiegen sind vor allem die Ernährungslosten. Besonders wirken sich in diesem Posten die Preissteigerungen für Kartoffeln usw. aus. Durch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten werden die Erfolge bezüglich der Lohnverhöhungen zum großen Teil allein für die Ernährung aufgebraucht.

## Ein guter Geschäftsgang wird totgeschlagen

Die deutsche Textilindustrie hat gegenwärtig eine gute Konjunktur zu verzeichnen. Die Fabriken sind auf lange Zeit mit Aufträgen versehen. Diese Konjunktur kann anhalten, wenn sie von den Textilunternehmern durch Preisverhöhungen nicht verderben wird. Kürzlich haben die maßgebenden Unternehmerorganisationen, der Münchener-Gladbacher Tuchfabrikantenverein, der Fabrikantenverein Forst und der Verband der Fabrikanten halbwollener und wollener Stoffe (Berlin) beschließen, die Preise um 10 bis 15 vH in die Höhe zu setzen. Vor kaum zwei Monaten haben die Preise bereits eine Erhöhung von 5 bis 8 vH erfahren. Also innerhalb eines Vierteljahres eine Preissteigerung von 15 bis 23 vH. Diese Maßnahmen werden auf die gestiegenen Herstellungskosten und auf die erhöhten Soziallasten zurückgeführt. Diese Preisverhöhungen werden überall beobachtet. Kaum ist es gelungen, den Arbeitern Arbeit und etwas höheren Lohn zu geben, gleich wird alles durch Leuerung wettgemacht, die bald wieder zu Abschaltungen führen wird. Die Lohnverhöhungen werden in Kanäle geleitet, die in der Krise münden.

## Steigende Lasten den Arbeitenden aufgehaßt

Das dritte Jahr des Dawesplanes geht seinem Ende entgegen. Mit dem 1. September beginnt das vierte Jahr der nach obigem Plan erfolgten Regelung. Mit dem neuen Jahr steigt aber auch die Last. Sie soll im vierten Jahr 1750 Goldmillionen betragen. Das fünfte Jahr bringt dann die Höchstbelastung von 2,5 Milliarden Mark. Die Höchstlast soll folgendermaßen verteilt werden: 660 Millionen Mark Zinsen der Eisenbahn, Industrie- und Handelsgewerbesteuer 300 Millionen, Betriebssteuer 200 Millionen und der Reichshaushalt soll 1250 Millionen Mark tragen. Die Abgaben aus dem Reichshaushalt sind auf den Massenrenten aufgebaut, werden also von der Masse getragen. Auch die Verbrauchssteuern und die Einkommensteuern werden auf die breitesten Schultern gelegt. Je mehr die Lasten steigen, je härter wird der Kampf um die Verteilung. Es kommt auf die organisatorische Stärke der Kopf- und Handarbeiter an, ob sie in der Lage sind, auch den Bestehenden einen größeren Teil der Daweslasten aufzuzwingen.

## Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten

Der Deutsche Erfinder-Schöpferbund e. V. München (gegr. 1912), veranstaltet während den kommenden Weltmesen in Leipzig und Frankfurt wieder seine bekannten Sonder-Ausstellungen und hat diesmal, um der stets wachsenden Aussteller- und Besucherzahl aus dem In- und Ausland Rechnung zu tragen, 20 Quadratmeter Raum belegt. Es ist dieses die 35. und 36. große Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern Gelegenheit bieten sollen, ihre Schöpfungen ohne große Kosten zu verkaufen. Für vollständig mittellose und arbeitslose, aber nur ältere Erfinder, sowie Kriegsgeschädigte stehen gegen entsprechende behördliche Vereinbarungen eine Anzahl Freiplätze zur Verfügung. Die Anmeldungen müssen sofort erfolgen, da andernfalls die ausgestellten Gegenstände nicht mehr im Ausstellungsanhang aufgenommen werden können. Bedingungen kostenlos. Fragebogen über die Bedürftigkeit (Vermögenszeugnis) gegen Nachporto durch die Geschäftsstelle des Verbandes München 7, Follnerstraße 15a.



# Technik und Werkstatt



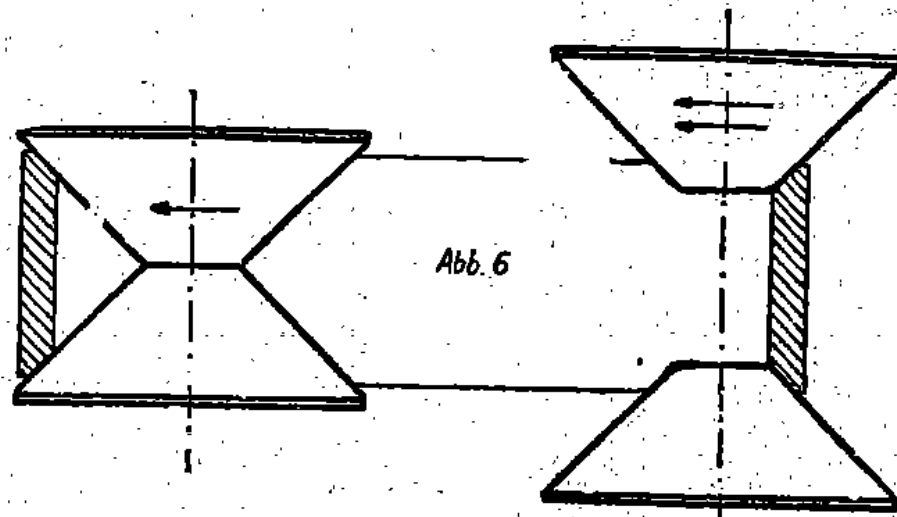
## Ungelöste Aufgaben in der Werkstatt

Auch in der Werkstatt stehen wir noch vor ungelösten Aufgaben. Wir sind uns dessen mitunter gar nicht bewußt, besonders deshalb nicht, weil vielleicht Scheitlungen uns das Ziel schon erreicht erscheinen lassen. Bei näherer Prüfung finden wir jedoch, daß die Lösung nur ein Notbehelf ist. Da nun gerade der in der Werkstatt tätige Arbeiter am eignen Leibe die Mängel und Schäden spürt, die durch solche ungelöste Aufgaben entstehen, so ist er auch am besten in der Lage, darüber nachzudenken, wie diesen Mängeln abgeholfen ist. Nachstehend sollen einige solcher Aufgaben angegeben werden mit den befehlsmäßigen Lösungen und deren Mängel, so daß Anregung gegeben wird, weiter nachzudenken und vielleicht eine einwandfreie Lösung zu finden.

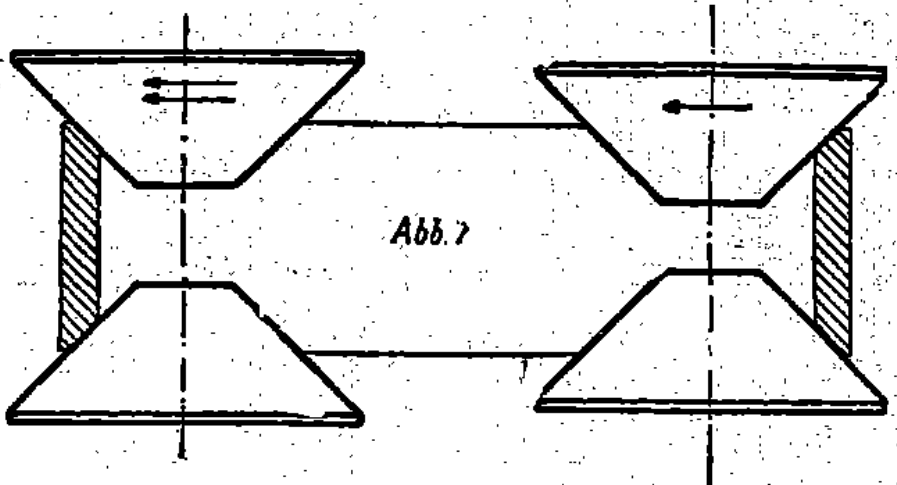
Als erste Aufgabe kann ein Vorgelege genannt werden, das in weiten Übersetzungsstufen ohne Zuhilfenahme von Zahnrädern die Kraft von einer Welle auf die andere überträgt, und zwar so, daß die Schaltung von einer Übersetzung auf die andere ohne Stufen, das heißt also ohne Übergänge ausgeführt werden kann. Die Fehler der bisherigen Übersetzungsstufen sind beispielweise an Drehbänken festzustellen, daß nur durch Auswechseln von Zahnrädern, den sog. Wechselrädern, entsprechende Übersetzungen erzielt werden können. Daß dieses Auswechseln der Räder lange Zeit in Anspruch nimmt, weiß jeder Dreher. Allein die Änderung der Übersetzung von Vorgelege auf die Drehbank erfordert das Umlagern des Riemenes von einer Stufenscheibe auf die andere, wobei das Übersetzungsverhältnis nur in ganz bestimmten Stufen, die abhängig sind von der Größe der vorhandenen Stufenscheiben, geregelt werden kann. Man hat hier eine behelfsmäßige Lösung gefunden durch Verwendung eines Vorgeleges mit konischen Antriebscheiben. Zum Vergleich ist in Abb. 1 ein Vorgelege mit Stufenscheiben gezeichnet, in Abb. 2 ein solches mit Kegelscheiben. Während bei Abb. 1 die Übertragung

vollkommen erscheinen lassen. (Einfache Pfeile bedeuten langsame, doppelte Pfeile schnelle Drehung.)

Neuerdings sind Flüssigkeitsgetriebe gebaut worden, die den Anforderungen eher entsprechen, aber heute noch so teuer sind, daß sie nur in besonderen Fällen Verwendung finden können; auch ist der Bereich, in dem die Übersetzungsverhältnisse geregelt werden können, ohne daß der Kräfteabfall sehr groß ist, ziemlich gering. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß bei allen Übersetzungen der Kräfteabfall im Verhältnis zur Übersetzung steht. Die Flüssigkeitsgetriebe bestehen aus zwei Maschinen, deren eine angetrieben, die Flüssigkeit verdichtet, also unter Druck setzt und so geregelt werden kann, daß diese Druckflüssigkeit mit großer Geschwindigkeit in kleiner Menge oder mit



kleiner Geschwindigkeit in großer Menge in eine zweite Maschine geschickt wird, wobei die Entfernung der beiden Maschinen nur insofern eine Rolle spielt, als durch Reibung der Flüssigkeit in den Leitungen noch Kraftverluste auftreten, in der sie auf einen umlaufenden Kolben wirkt und so die Kraft wieder abgibt. Der Gedanke an sich ist als ideal zu bezeichnen und es wäre zu wünschen, daß die anhaftenden Mängel, besonders die Preisstellung noch zu vermeiden sind. Auf alle Fälle haben wir gesehen, daß wir von dem Ziel, Kraftübertragung in weit regelbaren Grenzen der Umdrehungszahlen bei kleinerer Schaltung und wirtschaftlicher Herstellung solcher Getriebe noch weit entfernt sind. Die Sache ist wohl des Nachdenkens wert. Denn derartige Probleme werden nicht am Konstruktionsstisch gelöst, sondern aus der Praxis heraus. Das Feld solcher Getriebe ist



unbegrenzt. Man denke nur an die vielseitige Verwendung in der Werkstatt, ferner bei allen Bewegungsmotoren, hauptsächlich für das Auto usw.

Ein weiteres Problem ist die Verminderung oder Ausschaltung der Leerlaufarbeit der Arbeitsmaschinen. In gewisser Beziehung wird dies zum Beispiel bei Hobelmaschinen erreicht dadurch, daß der leere Rückgang des Werkstückes auf dem Hobelbett mit erhöhter Geschwindigkeit geschieht, normalerweise etwa mit der vierfachen Geschwindigkeit. Die höchste erreichbare Zahl ist die achtfache Geschwindigkeit beim Rückgang, das heißt die bisher erreichte. Es sind auch verschiedene Konstruktionen geschaffen worden, die den Rückgang des Werkstückes zur Arbeit ausnutzen, so umschaltbare Werkzeuge usw. Aber bisher haben sich diese nicht einbürgern können, da ihnen eben verschiedene Mängel anhaften. Auch bei Drehbänken ist nur eine Arbeitsrichtung ausgenutzt, und es ist eigentlich nicht recht zu ersehen, warum. Man bedenke nur die Ersparnis, die mindestens 25 % ausmacht, wenn auch der Rückgang zur Arbeit herangezogen wird. Auch diese Aufgabe ist lösenswert.

Ein weiterer Materialverlust, Stoffen, wie Öl, versucht man mehr als früher Fertigform nahe

Problem ist das der Vermeidung von Fett usw. Dem Verlust von Werkstoff dadurch entgegenzuarbeiten, daß man den Werkstücken eine Form gibt, die der Form kommt. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn es sich um die Anfertigung in Massen- oder Serienarbeit handelt, da sonst die Vorbereitungsarbeiten in

keinem wirtschaftlichen Verhältnis stehen würden. Wenn wir berücksichtigen, welche Mengen Späne täglich in einer Werkstatt anfallen und welche Kosten es verursacht, diese wieder zu verwerten, so kommt man ohne weiteres zu der Überlegung, daß die Einschränkung der Werkstoffverwendung eine wirtschaftliche Forderung ist, die dem Volkswirtschaften zugute kommt. Es ist zu empfehlen, daß sich jeder einmal bewußt wird, welche Mengen Öl, Fett, Schmirgelleinen, Beize, Lacke, Feilen und sonstige Werkzeuge und Stoffe durch Unachtsamkeit verloren gehen, daß diese Verluste jebes einzelnen bedeuten, und man wird der Wichtigkeit des Problems: Vermeidung von Materialverlust näher kommen.

Diese kurzen Hinweise sollen genügen, die Anregung zu weiterem Nachdenken zu geben, ohne dabei in Spezialfragen zu verfallen, die auf Grund von Naturgesetzen undurchführbar sind. W. Hofmann

### Dampf und Öl im Schiffbau

Seit undenklichen Zeiten bauen Menschen Schiffe, um von Ufer zu Ufer, von Land zu Land Menschenwillen und Menschenschicksal zu tragen. Vieltausendjährige Erfahrungen stehen uns auf diesem Gebiet zur Verfügung und auch der moderne Schiffbau, der sich des Eisens bedient und die Schiffe mit motorischer Kraft vorwärts treibt, blickt auf eine mehr als hundertjährige Entwicklung zurück. Fast will es scheinen, als ob es auf diesem Gebiete menschlichen Wirkens keine neuen Aufgaben mehr geben, als ob alles im ausgefahrenen Gleise der gesammelten Erfahrungen weiterlaufen könne.

Da ist es vor allem die Frage der Antriebskraft, die den Ingenieur vor neue Aufgaben stellt. Er verlangt neben billigen Herstellungskosten höchste Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Beide Forderungen sind immer mehr geteigert worden, und so ist bean die Frage der Antriebskraft bis zum heutigen Tage nicht einwandfrei gelöst. Dampf- und Öltrieb ringen im Schiffbau um die Vorherrschaft.

Wie hart der Kampf ist, erkennt man aus der Tatsache, daß nach Lloyd's Register of Shipping nach dem Stande vom 1. Oktober des vergangenen Jahres von 1.850.697 Tonnen Neubauten nicht weniger als 46,7 % oder 869.509 Tonnen Ölmotorschiffe gebaut wurden. Am 1. Juli d. J. war sogar die Gesamttonnage an Motorschiffen bereits größer als die an Dampfschiffen.

Die Frage der Betriebssicherheit ist bei Dampfkraftanlagen zweifellos gelöst. Hier hat man auch für die höchsten Maschinenleistungen Dauererfahrungen, so daß die Werften für jede gewünschte Anlage jede gewünschte Garantie zu leisten vermögen. Der scharfe Wettbewerb des Dieselmotors zwingt die Dampfmaschinenkonstruktoren zum Beschreiten neuer Wege, um die Leistungen der Dampfmaschinen unter Verminderung der Brennstoffkosten zu erreichen. So ist man neuerdings dazu übergegangen, Hochdruckdampf und hohe Dampfüberhitzung auch bei Schiffsdampfmaschinen anzuwenden. So hat man in England den Postdampfer „King George V“ in Betrieb genommen, bei dem zum ersten Male eine Dampfmaschine von 40 Atmosphären Betriebsdruck und 400 Grad Überhitzung eingebaut wurde. Auf der Redenborg-Werft wurde eine Dampfmaschine für den Hochseeschiffdampfer „Sirius“ fertiggestellt, bei der mit dem Abdampf der Hauptboilermaschine eine Turbine betrieben wird, die durch ein Rädervergele mit Flüssigkeitskupplung auf die gleiche Schraubenwelle wirkt. Bei der ersten Reise des Schiffes konnte eine Kohlenersparnis von 29 % festgestellt werden. Das Schiff erreichte mit einer Füllung im Hochdruckzylinder die gleiche Geschwindigkeit wie früher mit einer Dampfdruckung von 71 v. S. Bei dem Lloyd-Dampfer „Elsberg“ konnte mit einer ähnlichen Anlage bei gleichem Kohlenverbrauch die Leistung von 3200 auf 4000 PS erhöht werden.

Als Verbindungsglied zwischen reinen Dampf- und Ölanlagen auf Schiffen ist der Diesel-Motor anzusehen. So wurde kürzlich auf einer englischen Werft ein Schiff mit einem solchen Motor ausgerüstet, der 4000 PS leistet. Der Motor hat sieben Zylinder, von denen fünf als einfach wirkende Zweitakt-Dieselmotoren arbeiten, während die beiden anderen als doppeltwirkende Dampfzylinder ausgebildet sind, die mit der Abwärme der Dieselmotoren betrieben werden. Mit der Abwärme werden übrigens auch alle Hilfsmaschinen bewegt.

Andererseits geht man bei Ölomotoren dazu über, beide Zylinderseiten für die Arbeitsleistung auszunutzen. Hier ist es vor allem der doppeltwirkende Viertaktmotor, der sich durch geringe Bauhöhe auszeichnet, so daß der Nutzraum des Schiffes vergrößert wird und die Herstellungskosten gesenkt werden können. Auch hier muß man die Abwärme zum Antrieb der Hilfsmaschinen sowie zum Kochen und Heizen aus. Sehr eingehende Berechnungen haben ergeben, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Brennstoffpreise nur ein sehr geringer Unterschied zwischen Dampf- und Ölanlagen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit besteht. Nur wenig wirkt er sich noch zugunsten des Öltriebes aus. Aber ein geringes Schwanken kann diesen Unterschied sehr leicht zugunsten der Dampfmaschinen verschieben. Die Frage, welcher Antriebskraft der Vorzug zu geben ist, kann daher nur von Fall zu Fall nach genauer Beachtung aller in Frage kommenden Einzelheiten entschieden werden.

### Störungen an autogenen Schweißbrennern

(Nachdruck verboten)

ATK. Das autogene Schweißen und Schneiden ist heute auch in Kleinbetrieben weitgehend eingeführt. Bei eintretenden Störungen findet man aber oft eine ganz ungläubliche Unbeholfenheit, und hierauf ist das Wählingen der ganzen Schweißung nicht selten zurückzuführen. Sehr häufig kommt es vor, daß der Schweißbrenner nicht laugt. Es ist dann das Mundstück verstopft oder aber der Einsatz sitzt nicht dicht auf dem Griff. Man hat daher das Mundstück zu reinigen oder die Mutter anzuziehen. Es kommt aber vor, daß auch dann der Brenner noch nicht laugt, nämlich dann, wenn das Innentrohr oder der Konus undicht sind. Es ist dann Innentrohr und Konus durch Anziehen abzudichten. Zeigt sich der Flammenkegel unfauber, so ist das Mundstück an der Bohrung unfauber und muß mit einer passenden Brennerrandborstung gereinigt werden. Knallt der Brenner aus, so ist das Mundstück lose und muß angezogen werden. Eine andere Störung äußert sich in einem Knallen des Brenners, wobei sich kein Flammenkegel bildet. In diesem Fall sind die Druckdüsen oder das Nadelventil verstopft und müssen gereinigt werden. Kommt auch jetzt noch nicht genügend Sauerstoff, das heißt rußt der Brenner auch jetzt noch, dann ist das Sieb verstopft und muß einer gründlichen Reinigung unterzogen werden. Wenn der Brenner zu wenig Gas durchläßt, so ist der Gasbehälter verstopft, wogegen natürlich nur eine Reinigung hilft; entweicht dagegen Gas, so muß der Gasbehälter eingeseilt und die Mutter angezogen werden. Wenn das Nadelventil nicht dichtet, so muß die Stopfbüchse angezogen werden, eventuell ist die Lederpackung zu erneuern.

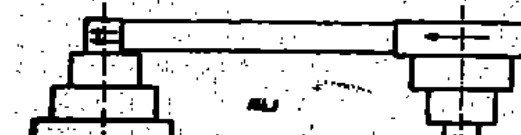
Für den Schneidbrenner gilt etwa folgendes: Saugt ein Schneidbrenner nicht, so hat man die Druckdüse sauber zu machen und auszublasen. Knallt der Brenner aus, so hat man die Heiz- und Schneiddüse zu reinigen, wieder gut anzuziehen und kräftig auszublasen. Rußt die Flamme, so sind Druckdüse und Heizsauerstoffventil zu reinigen. Geht die Heizflamme zurück, so ist der Brenner zu heiß geworden; er muß also abgekühlt werden. Hierbei lasse man den Sauerstoff blasen, um ein Eindringen von Wasser zu verhindern. Wärmt der Brenner vor, schneidet aber nicht, so ist das Schneidventil verstopft. Schlägt aber die Flamme zurück und brennt innen, so hat sich beim Schneiden ein Fremdkörper im Heizraum festgesetzt oder aber die Rückflugsicherung ist nicht in Ordnung. Im ersten Falle lasse man Sauerstoff und Gas ab, kühle den Brenner ab und zünde dann wieder; im zweiten Falle dürfe es am zweckmäßigsten sein, den Brenner der Fabrik zur Reparatur zuzustellen. Brennt in einem Schneidbrenner die Flamme einseitig, so steht die Schneiddüse nicht in der Mitte der Heizdüse; man reinige in diesem Falle Heiz- und Schneiddüse und lasse dann die leihbare aus Mitte. Knallt ein Schneidbrenner fortwährend, so ist die Schneiddüse zu lose, in diesem Falle ist gutes Anziehen der Schneiddüse erforderlich.

### Eine „Krankheit“ des Glases

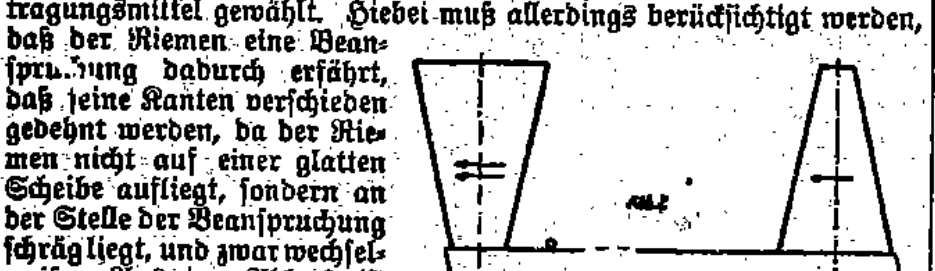
Wohl bekannt ist die Tatsache, daß jährlich auf einem Ozeandampfer für ungefähr 30 bis 40.000 M. Tafelglas zerbrochen wird. Diese recht hoch erscheinende Summe hat ein Fachmann damit zu erklären versucht, daß er festgestellt, daß salzhaltige Luft geradezu eine „Krankheit“ in dem Glas verursacht, die sich in außerordentlich leichter Zerbrechlichkeit äußert. Glas, so erklärt er, ist sehr verschieden hinsichtlich seiner Widerstandsfähigkeit. Es ist eine Regel, daß das stärkste Glas in die größte Anzahl von kleinen Stößen zerbricht. Auf Ozeandampfern zeigt sich der Verfall des Glases als Folge der atmosphärischen Einwirkung durch das Entziehen feiner Säure, die sich in dem Material zeigen und sich sehr schnell vertiefen, so daß das Glas manchmal schon bricht, wenn man es bloß mit den Fingern berührt.

### Motorradkletterfahrt

In der Nähe seiner Vaterstadt Follstone hat kürzlich der englische Motorradfahrer S. Cunningham mit seiner Maschine den 85 Meter hohen Jaderhügel erklettert. Der Abgang ist mit Gras bebedt und hat eine Steigung von 1:1 1/2. Cunningham erzielte dabei eine Höchstgeschwindigkeit von 44,8 Kilometer die Stunde. Bei der Abfahrt mußten 6 Männer das Motorrad an einem Seil festgebunden herablassen. Der Sportmann machte dann nochmals 2 Fahren den Hügel hinauf. Es gelang ihm aber nicht, den zuerst erzielten Rekord zu brechen. Cunningham will demnächst an anderer Stelle eine noch waghaltigere Kletterei unternehmen.



eine reine Riemenübertragung ist, wie wir sie bei jedem normalen Antrieb finden und bei der der Riemen keiner besonderen Beanspruchung unterliegt, ist bei Abb. 2 auch ein Riemen als Übertragungsmittel gewählt. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Riemen eine Beanspruchung dadurch erfährt, daß keine Ranten verschieden gebildet werden, da der Riemen nicht auf einer glatten Scheibe aufliegt, sondern an der Stelle der Beanspruchung schräg liegt, und zwar wechselweise. Aus der Abb. 3 ist zu erkennen, wie die Beanspruchung des Riemens erfolgt. Daß durch dieses immerwährende Verziehen der Ranten die Lebensdauer des Riemens stark herabgesetzt wird, ist leicht zu erkennen. Außerdem besitzt diese Anordnung noch den Nachteil, daß sie besonderen Platz beansprucht, da die Anordnung nach Abb. 4 erfolgen, also als Sondervorgelege zwischen-



geschaltet werden muß. Günstiger wird die Beanspruchung des Riemens, wenn er gekreuzt angelegt wird, da dann die Zerrung der Ranten nur zwischen den Scheiben auftritt, während immer eine Kante auf den großen Durchmesser, die andere auf den kleinen Durchmesser zu liegen kommt. In Abb. 5 ist die eine Riemenkante stark gezeichnet, um dies näher zu veranschaulichen. Eine weitere Anordnung, die den gleichen Zweck erreichen soll, ist in Abb. 6 gezeichnet. Hier läuft ein konischer Riemen auf den Kegelmanteln von vier verschiebbar angeordneten Kegelscheiben ab. In Abb. 7 ist die andere Stellung der Scheiben gezeichnet, um die Umschaltung erkennbar zu machen. Auch dieses Vorgelege hat seinen Nachteil, der darin



besteht, daß die schmale Auflage des Riemens große Kräfte nicht übertragen kann, also Hilfslösung. Für gekreuzte Wellen, also solche, bei denen die Übertragung durch Kegele über erfolgt, ist man für die in senkrechter Übertragung zu sog. Keilradgetrieben übergegangen, wie es in Abb. 8 dargestellt ist. Bei diesen Getrieben ist die Regelung der Umlaufverhältnisse in weiten Grenzen möglich. Sie werden heute in der Dampfmaschine bei Pressen und bei Abtischmaschinen angewendet, bei

Abb. 4

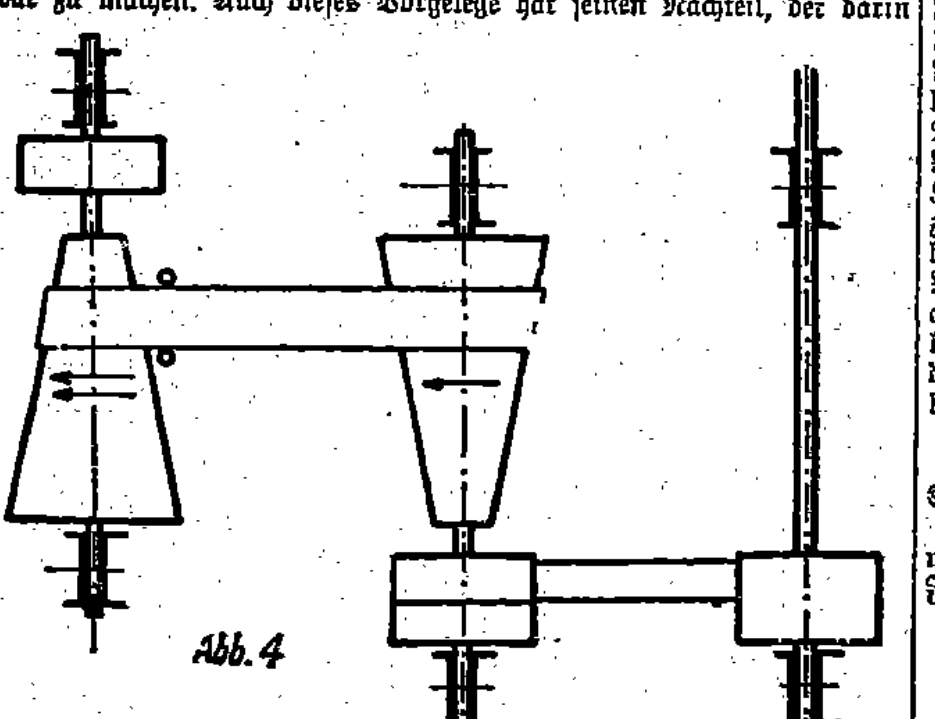


Abb. 5

Abb. 6

Abb. 7

Abb. 8

Abb. 9

Abb. 10

Abb. 11

Abb. 12









# Sozialpolitik



## Der deutsche Krankentagg

Am 24. Juli und die folgenden Tage fand in Königsberg der diesjährige deutsche Krankentagg statt. Wie man es bei den Tagungen des Hauptverbandes deutscher Krankentassen gewöhnt ist, versammelten sich auch diesmal eine große Zahl von Praktikern und Kassenanstellten, Vertretern der Arbeitgeber, der Versicherten und der Behörden, um zu den Aufgaben der Krankenversicherung Stellung zu nehmen. Umfänglich doch der Hauptverband deutscher Krankentassen 10 1/2 Millionen Versicherte und damit mehr als die Hälfte der Krankenversichererten im Reich. Die Bedeutung einer solchen Spitzenorganisation ist ohne weiteres gegeben. Anwesend waren in Königsberg 661 Versicherte, 275 Vertreter der Arbeitgeber, 460 Angestellte, 36 Vertreter von Behörden und zahlreiche Ehrengäste. Alle Behörden, die nur irgendwie mit der Krankenversicherung zu tun haben, hatten Vertreter entsandt. Das Internationale Arbeitsamt war, durch den ausgezeichneten Kenner der internationalen Sozialversicherung, Herrn Dr. Stein, vertreten. Der Vorsitzende des Hauptverbandes, Stadtrat Ahrens, Berlin, eröffnete und leitete die Versammlung.

Den Hauptvortrag hatte der Geschäftsführer Lehmann, der den Geschäftsbericht gab. Er rückte sich auf das vom Hauptverband herausgegebene Jahrbuch der Krankenversicherung 1926. Lehmann nahm Veranlassung, auf die in letzter Zeit erfolgte Neugründung von Arbeitervereinigungen hinzuweisen. Er wandte sich besonders gegen den Preussischen Wohlfahrtsminister, der sich nicht im geringsten um die Entscheidung des Reichstages kümmere, die eine scharfe Nachprüfung der Berechtigung der Innungskrankentassen verlangt. Im übrigen rechnete Lehmann mit der Hilfe ab, die in den letzten Monaten und Jahren gegen den Hauptverband getrieben wurde. Ganz selbstverständlich mußte auf die Äußerungen von Vorjahren, Erlebnisse und anderen eingegangen werden. In der Aussprache konnten sich die Arbeitgebervertreter nicht umhin, den Leistungen des Hauptverbandes und der ihm unterstehenden Kassen volle Anerkennung zu zollen. Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium tat beilegenden. In der Entscheidung zu dem Vortrag Lehmann, die einstimmige Annahme fand, heißt es u. a.: „Die Krankentassen bedeuten eine schwere Erschütterung des Grundgesetzes der Versicherungsgemeinschaft, auf dem die Krankenversicherung sich aufbaut. Die Gesetzgebung muß daher alles tun, um die Krankenversicherung, statt sie durch immer weitere Zersplitterung zu schwächen, durch Zusammenfassung aller Kräfte ihrem höchsten Wirkungsgrade entgegenzuführen. Die Ziele dieser sind die Bildung von bezirklichen Pflichtklassenverbänden, denen sämtliche Kassenarten einschließlich der Ersatzklassen angeschlossen haben.“

Aber die übrigen Vorträge und Erörterungen des Krankentages beruhen zu werten, würde zu weit führen. Dr. Stein vom Internationalen Arbeitsamt sprach über „Die internationale Arbeitskonferenz zur Krankenversicherung“; Professor Dr. Adam über „Sozialhygienische Volksbelehrung“; Dr. med. Schwab über „Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsfürsorge“; Generalsekretär Dr. Kochmann über „Mitwirkung der Krankentassen bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“; Prof. Dr. Langstein über „Säuglingsfürsorge und Krankentassen“; Prof. Dr. Chajes über „Die Bekämpfung der Berufskrankheiten“; Geschäftsführer Wöhlmann über „Die Neuwahlen bei den Krankentassen“. Zum Schluss sprach Geschäftsführer Ohlshausen, der Schriftleiter des Hauptverbandes, über das wichtige Thema „Die Artzeile in der Krankenversicherung“. Alle Redner legten Beiträge und Entschlüsse vor, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. Den Abdruck müssen wir uns versagen. Wir verweisen unsere Leser auf den nachstehenden erscheinenden Bericht und auf die Zeitschrift „Deutsche Krankentasse“, welche in den letzten Nummern über den deutschen Krankentagg eingehend berichtet. Einige Sätze aus der Rede des Genossen Dr. Stein vom Internationalen Arbeitsamt möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten:

„Wir wünschen und wollen die Weltgeltung der Krankenversicherung. Wir wünschen sie, weil sie den Einzelnen innerlich frei macht. Wir wünschen sie zu unserem wirtschaftlichen Schutz, aber wir empfehlen sie den anderen Völkern nicht aus Eigenneugier. Das Jahrhundert der Weltwirtschaft bedarf einer internationalen Ordnung der sozialen Rechte. Das Jahrhundert der Nationalisierung wäre sinnlos, wäre es nur auf gesteigerte Gütererzeugung, nicht aber auf pflegliche Behandlung der arbeitenden Menschen bedacht. Die Weltgeltung der Krankenversicherung wird kommen. Sie bildet Deutschlands Beitrag zur Lösung der sozialen Frage. Nach diesem Beitrag wollen wir beurteilt werden: als ein großes, weil seiner sozialen Verantwortung sich und der Weltwelt bewußtes Volk. Millionen arbeitender Menschen im fernem Ausland werden ihre Befreiung von wirtschaftlichem und hygienischem Notstand danken dem Vater der internationalen Krankenversicherung, Ihnen, den deutschen Versicherungsvertretern, die jahraus, jahrein opferfreudig der sozialen Gemeinschaft dienen.“

Der nächste Krankentagg soll in Breslau stattfinden, dort soll auch darüber Beschluß gefaßt werden, ob die Hauptversammlung alljährlich oder in zweijährigen Abständen stattfinden soll. In der nächsten Zeit müssen die Wahlen zu den Krankentassen eingeleitet werden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich mit dieser Frage beschäftigen. Die Verhandlungen des diesjährigen Krankentages bieten hierfür glänzendes Material.

### Die Hege gegen die Krankentassen

Vor einiger Zeit sah sich selbst der Reichsarbeitsminister veranlaßt, der immer tolleren Hege gegen den Sozialversicherung, insbesondere gegen die Krankentassen warnend entgegenzutreten. Er bringt es das bekannte Scharfmacherorgan, die „Vergewaltigung“ fertig, Aufsätze von „Arzten“ abzugeben, die sich in geradezu blödsinniger Form gegen die gesamte Sozialversicherung wenden. Mit Wohlbehagen nimmt die Sozialdemokratie Bezug auf die Worte eines „Arztes“, die in folgendem Unsinne gipfeln: „Die Unfallversicherung löst den Willen zur Arbeit. Die Krankenversicherung lähmt den Willen zur Gesundheit. Die Altersversicherung zerstört den Sparsinn eines Volkes.“

Diesem Unsinne schließt sich an ein Erguß des bekannten Industrieführers v. Borjig, den er vor kurzem in der Gesellschaft der Berliner Freunde der Akademie vor sich gegeben hat. Borjig hat dort unter anderem folgendes ausgeführt:

„Das Natürlichste wäre, daß jeder sich Mühen für Krankheit und Alter mache. Nur wo sie nicht ausreichen, müßte die Armenfürsorge eintreten! Die Lastart des Einzelnen würde gelindert, wenn er wisse, daß die Versicherung hinter ihm steht. So werde der Spartrieb gelähmt und es gingen der Volkswirtschaft große Werte verloren. Je höher die Leistungen der Krankenversicherung seien, desto größer die Anzahl der Krankheitsfälle...“

Ein bestes Mittel, uneingezeigte Kreise gegen die Klassenverwaltungen aufzubringen, ist das Stehlen mit den angeblich hohen Verwaltungskosten der Krankentassen, die bis zu 50 vH der Einnahmen ausmachen sollen. Der Abgeordnete Hugo, Mitglied der Deutschen Volkspartei, hat auf einer Tagung dieser Partei ausgeführt, daß bei den Krankentassen 49 vH der Einnahmen für Verwaltungskosten verbraucht würden. Diese Ausführungen zeigen, wie leicht selbst Abgeordnete des Reichstages über die Verwendung der Beiträge und die Tätigkeit der Krankentassen unterrichtet sind. In Wirklichkeit haben die Krankentassen unter Berücksichtigung ihrer vielfachen Aufgabengebiete verhältnismäßig niedrige Verwaltungskosten.

Nach einer Zusammenstellung für das Jahr 1925 hatten die Krankentassen insgesamt eine Einnahme von rund 1200 Millionen Mark. Von dieser Summe sind 496 vH an Ärzte, Apotheker und Krankenhäuser, und 43,5 vH für Vorleistungen an die Versicherten gezahlt worden. Die Verwaltungskosten betragen nicht 50 vH, sondern nur rund 7 vH der Ausgaben, also nur ein Siebtel des vom Abgeordneten Hugo genannten Betrags.

Die ganzen Nachschichten gegen die Krankentassen verfolgen weniger den Zweck, Kritik an wirklichen Mängeln zu üben; denn wo solche bestehen sollten, genügen die gesetzlichen Befugnisse der Aufsichtsbehörden, um sie zu beheben. Das weiter gesteckte Ziel ist die Selbstverwaltung der Mittel durch die Versicherten lahmzulegen. Den Geschäftsmachern ist es ein Dorn im Auge, daß die Krankentassen in dem Bestreben, die Ausgaben zu mindern, immer mehr dazu übergehen, Eigenbetriebe anzulegen, sowie die Selbstabgabe an die Mitglieder und deren Angehörige zu erweitern. Daß auch Teile der Ärzteschaft sich an dem wüsten Reflektieren beteiligen, hat seinen Grund darin, daß sich die Kassen dagegen wehren, als Versorgungsanstalten für alle von der Universitätskommenden Medizin zu dienen. Die Kassen sind nicht dazu da, als mildegebende Stroh für die Überzahl des ärztlichen Nachwuchses zu dienen. Natürlich sollen die Ärzte für ihre oft schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit auch angemessen bezahlt werden. Dies läßt sich jedoch nur dann ermöglichen, wenn die Zahl der Ärzte jeden Tages der Zahl der anstehenden Mitglieder gemäß der Berliner Abkommen entspricht. Eine planmäßigere Verteilung des ärztlichen Nachwuchses würde sicher manche an sich berechnete Klage über ungenügendes Einkommen verstummen lassen.

Gegen das Reflektieren wider die Krankentassen müssen die Versicherten fest zusammenstehen. Die Selbstverwaltung darf nicht eingeeengt, sie muß erweitert werden. Den Kassen dürfen keine höheren Arztgebühren auferlegt werden, als für eine gute Versorgung der Versicherten und ihrer Angehörigen unter Zugrundelegung der notwendigen Zahl von Ärzten angemessen ist.



## Verständige dich mit dem Kranführer

### Weiterversicherung bei der Krankentasse bei Streit oder Aussperrung

Gemäß § 313 der Reichsversicherungsordnung können Versicherte, die auf Grund der RVO oder beim Reichsknappschützerverein in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens sechs wochenlang oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen versichert waren, beim Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung in ihrer Wohnstätte oder Klasse Mitglied bleiben. Der Mitglied bleiben will, muß es der Kasse binnen drei Wochen anzeigen. Wer jedoch in der zweiten oder dritten dieser Wochen erkrankt, hat nur dann auf die Kassen(mehr)leistungen Anspruch, wenn er die Anzeige in der ersten Woche gemacht hat. Der Anzeige kommt gleich, wenn in der gleichen Woche (erste Woche) die Beiträge voll (einschließlich des Unternehmeranteils) gezahlt werden.

Bei Streit oder Aussperrung ist es also von wesentlicher Bedeutung, daß die Anzeige der Weiterversicherung sowohl des Einzelnen wie der gesamten Belegschaft bei ihrer bisherigen Kasse in der ersten Woche nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgt. Hierdurch sichern sich die Kollegen ihren Anspruch auf die Mehrleistungen der Kasse, vorausgesetzt, daß sie die in der Kassenstatute vorgeschriebene Wartezeit erfüllt haben. Zwar hat der Versicherte auch dann noch Anspruch an seine bisherige Kasse, wenn er innerhalb drei Wochen nach Ausscheiden aus seiner Beschäftigung erkrankt. Jedoch besteht nur für seine Person der Anspruch und nur auf die Regelleistungen (gesetzliche Mindestleistungen).

Wie wird nun im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung die Anzeige hinsichtlich der Weiterversicherung der Belegschaft am zweckmäßigsten ausgeführt? Vorweg sei bemerkt, daß eine bestimmte Form nicht vorgeschrieben ist; auch braucht die Anzeige nicht persönlich von dem Versicherten gemacht zu werden. Eine Anzeige durch einen bevollmächtigten Dritten ist zulässig. Es empfiehlt sich, daß in solchen Fällen eine Sammelliste angefertigt wird, worin sich alle, die sich weiterversichern wollen, einschreiben. Jedoch muß aus der Sammelliste klar ersichtlich sein, daß deren Überbringer zur Einreichung befugt, das heißt als Bevollmächtigter der Belegschaft anzusehen sind. Denn es heißt im § 174 des Bürgerlichen Gesetzbuches: „Ein einseitiges Rechtsgeschäft, das ein Bevollmächtigter einem andern gegenüber vornimmt, ist unwirksam, wenn der Bevollmächtigte eine Vollmachturkunde nicht vorlegt und der andere das Rechtsgeschäft aus diesem Grunde unverzüglich zurückweist.“

Ein Mehrheitsbeschluß einer Versammlung der Streikenden oder Aussperrten genügt nicht. Der Wille des Einzelnen, sich weiterzuversichern, muß durch seine Unterschrift klar ersichtlich sein. Somit fehlt es an der erforderlichen Bestimmtheit und Sicherheit dafür, daß die einzelnen Versicherten und welche von ihnen sich weiterversichern wollen. Nur unter Beachtung dieser schriftlichen Form und der Vorlage der Vollmacht sind die Geschäftsleitungen gehalten, die Sammel-erklärungen anzunehmen.

### Stundung der Hauszinssteuer

Über die Verpflüchtung des Hausbesitzers, Anträge des Mieters um Stundung der Hauszinssteuer an die zuständige Behörde weiterzugeben, hat das Kammergericht folgende bemerkenswerte Entscheidung gefaßt:

„Macht der Mieter dem Hauseigentümer gegenüber geltend, daß er mit Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse zur Zahlung der vollen Miete nicht in der Lage sei, und übergibt er dem Vermieter ein mit Gründen versehenes Gesuch um Stundung der Hauszinssteuer, so verstößt eine Weigerung des Vermieters zur Einreichung und Weitergabe dieses Gesuches gegen Treue und Glauben. Der Hauseigentümer ist mit Rücksicht auf die eigenartige Struktur der Hauszinssteuer (Miteinanderfallen von Steuerpflichtner und wirtschaftlich Steuerbelasteten) verpflichtet, auch ein seiner Ansicht nach materiell (sachlich) nicht begründetes Gesuch weiterzugeben, da andernfalls der Vermieter dem Mieter jede Möglichkeit nehmen könnte, daß die zuständige Behörde über die Stundung der den Mieter wirtschaftlich belastenden Steuer entscheidet. Die Prüfung, ob die materiellen Voraussetzungen der Stundung gegeben sind, kann in ordnungsmäßiger Weise und von der zuständigen Behörde vorgenommen werden. Wohl muß man in solchen Fällen dem Vermieter das Recht ausprechen, in dem Gesuch seine eigene Stellungnahme unter Angabe von Tatsachen zum Ausdruck zu bringen.“

Der Senat kommt somit zu dem Ergebnis, daß diese beharrliche Weigerung der Klägerin, das Stundungsgesuch in irgend einer Form an die zuständige Stelle weiterzugeben, ein den Grundbesitzern des Vertragsrechts widersprechendes Verhalten darstellt. Das Verhalten der Klägerin berechtigt die Beklagte ihrerseits, dem Klagebegehren die Einrede der Arglist entgegenzusetzen und die Zahlung der freitragenden Beiträge solange zu verweigern, bis über das Stundungsgesuch eine endgültige Entscheidung ergangen ist. (Urteil des Kammergerichts vom 9. Mai 1927/17 II 2974, 25/31.)

Nach diesem Urteil ist der Vermieter verpflichtet, dem Antragsteller die Möglichkeit zu verschaffen, seinen Antrag auf Stundung an zuständiger Stelle zur Geltung zu bringen.

### Freimachung von Werkwohnungen

Die Vereinigung der Arbeitgeber-Verbände hat ihren Mitgliedern ein Rundschreiben zugesandt, worin es einleitend heißt:

„Unter Bezugnahme auf unser Rundschreiben Nr. 59 vom 4. April dieses Jahres bringen wir nachstehend eine Zusammenfassung des bei uns eingegangenen Materials zum Ausdruck, aus der sich ergibt, in welchem Maße die Werkwohnungen durch Betriebsfremde besetzt sind. Die Geltungsdauer des Mieterchutzgesetzes und des Mietmietengesetzes ist inzwischen, wie unseren Mitgliedsverbänden bereits aus der Tagespresse bekannt sein dürfte, bis zum 31. Dezember 1927 verlängert worden (vergleiche RWV 1927 I Seite 331). Die Wiederaufnahme der Beratungen über eine etwaige Abänderung dieser beiden Gesetze im Reichstag ist nach unserer Information erst für Anfang Oktober vorgesehen. Wir bitten unsere Verbände, der Frage der Freimachung von Werkwohnungen mit Betriebsfremden in Anbetracht ihrer grundsätzlichen Bedeutung auch weiterhin die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und auch weiterhin alles Material zu sammeln, das geeignet ist, die Notwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen zur Freimachung der Werkwohnungen der Werkwohnungen mit Betriebsfremden bestehenden Schwierigkeiten auch an Hand genauer Zahlenmaterials darzulegen und zu erweisen. Wir selbst werden uns rechtzeitig vor Beginn der Verhandlungen im Reichstag durch besonderes Rundschreiben nochmals an unsere Mitgliedsverbände wenden und zugleich die von uns beabsichtigten Änderungsanträge zum Mieterchutzgesetz bekannt geben.“

Es folgt dann eine lange Auflistung, wonach von 551 583 Werkwohnungen 106 374 oder 19,3 vH mit Betriebsfremden besetzt seien.

### Kriegsbeschädigte und Streiks

Das Landgericht Genua hat in einem Urteil vom 27. Januar 1928 — 3 C. 259/25 (Juristische Wochenschrift 1927, S. 298) — die Frage, ob der Kläger angesichts der ihm verweigerten Wiedereinstellung gemäß § 13 Abs. 3 des Schwerbeschädigtengesetzes einen privatrechtlichen Anspruch auf Lohnzahlung hat, verneint.

Die auf dem Schwerbeschädigtengesetz beruhende Pflicht des Arbeitgebers zur Einstellung (§ 1 bis 3) besteht nicht dem einzelnen Schwerbeschädigten gegenüber, sondern als öffentlich-rechtliche Pflicht nur gegenüber dem Staat, der auch durch Zwangsvertrag (§ 7) und Buße (§ 18) über geeignete Mittel zur Erfüllung dieser Pflicht verpflichtet. Der Kläger gehörte zu den streikenden Arbeitern, die ihre Arbeit unbefugt verlassen haben. Die ihm gegenüber ausgesprochene fristlose Kündigung war somit nach § 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung berechtigt, da sie gemäß § 13 Abs. 2 des Schwerbeschädigtengesetzes nicht der Zustimmung der Hauptfürsorgebehörde bedurfte. Durch die zu Recht erfolgte fristlose Kündigung war der Arbeitsvertrag beendet. Damit waren die zwischen den Parteien erwachsenen vertraglichen Verpflichtungen erloschen. Kommt der Arbeitgeber der auf § 13 Abs. 2 beruhenden Verpflichtung zur Wiedereinstellung nicht nach, so hat der Erkrankte in Ermangelung vertraglicher Beziehungen kein Klagerecht, sondern lediglich die Möglichkeit, gemäß § 11 die Hauptfürsorgebehörde anzufordern, der die Sorge um seine Einstellung obliegt. Erst wenn die Hauptfürsorgebehörde die gelassenen vertraglichen Beziehungen durch die ihr zur Verfügung stehenden Mittel wieder neu gegliedert hat, können sich privatrechtliche Ansprüche des Klägers auf Lohnzahlung gemäß §§ 615 und 324 BGB ergeben.

### Kultur und Ernährung

Es war schon seit langem aufgefallen, daß die Zahl der nachlässigen Knaben wesentlich höher als die Zahl der nachlässigen Mädchen ist. So hat eine Statistik von Reifley, die 75 000 nachlässige Kinder erfaßt hat, auf 1000 Knaben nur rund 500 Mädchen gefunden.

Andere Untersuchungen aber haben ergeben, daß auch in den Hülfskassen die Knaben die Mädchen im allgemeinen weit überwiegen, und die Mädchen haben gezeigt, daß da enge Zusammenhänge zwischen Nachlässigkeit und geistiger Fähigkeit vorhanden sind. Auch die Beobachtungen, die Stadtmedizinalrat Dr. Wöhlke, Kempfeld, nach dieser Richtung bei der Berufsberatung gemacht hat, haben ihm bewiesen, daß diese Zusammenhänge bestehen. So haben zum Beispiel die Kinder, die das Ziel der Schule nicht erreicht haben, fast ausnahmslos Reste von Nachlässigkeit aufzuweisen.

Es ist Dr. Wöhlke im übrigen auch bekannt, daß soziale Verhältnisse direkt, ohne den Umweg über die Nachlässigkeit, die geistige Entwicklung beeinflussen, so daß die Überweisung an die Hülfskassen nötig ist, aber die Tatsache des Zusammenhanges zwischen Nachlässigkeit und geistiger Entwicklung ist von besonderer Bedeutung, denn wir wissen, wie man die Nachlässigkeit vermeiden kann und wie man die Zahl der geistig zurückgebliebenen Kinder damit herabsetzt. Licht und Luft muß die Jugend haben, und wenn das Wohnen mangelhaft ist, dann müssen Spielplätze, Waldschulen, Nachholungsstätten und ähnliche Einrichtungen das Bedürfnis nach Licht und Luft beim Kinde befriedigen.

Aber dann auch gute Ernährung! Daß die vitaminarme Nachlässigkeit nicht verhütende Wirkung hat, ist eine so bestimmende Bedeutung im Ernährungswesen des Volkes hat, ist bezeichnend. Selbst bei dem Nahrungsmittel-Einkauf in den Läden hat die Kinder genügend ernährt sein! Aber lieber verwendet man die großen Mittel für die Hülfskassen, als daß man die Kinder durch gute soziale Verhältnisse für die Normalschule reif macht.



Solidarität

In der menschlichen Natur können wir deutlich zwei Triebe beobachten den Erieb, ausschließlich die eigenen Interessen zu vertreten, unbekümmert um das Wohl und Wehe anderer Menschen, und den Erieb, sich an seinesgleichen anzuschließen und fremde Interessen zu fördern unter Zurückdrängung des eigenen Vorteils...

Neben dem Solidarisismus des Blutes beobachten wir auch einen Solidarisismus des Berufes. Von jeder haben die Menschen, die die gleiche Arbeit verrichten und den gleichen Beruf ausüben, gemeinsame Berührungspunkte untereinander gehabt. Sie sympathisierten miteinander und unterstützten sich gegenseitig in allen Wechselfällen des Lebens...

Wie uns die Entwicklungs geschichte der Menschheit lehrt, sind die Urmenschen gruppenweise, gleichsam hirschenweise ins Dasein getreten und haben den Kampf ums Dasein gruppenweise geführt. Wie hätte auch ein einzelner, auf seine eigene Kraft gestellter Mensch den Kampf gegen die Naturgewalten und die Niesentiere der Urzeit hegreich bestehen können...

Der Grundgedanke, der einem jeden Solidarisismus zugrunde liegt, ist die Gemeinsamkeit der Anschauungen und des Willens. Wer Solidarität übt, erblickt in dem andern Menschen einen gleichberechtigten und gleichwertigen Genossen, der Liebe und Hilfe verdient. Er hält es für seine heiligste Pflicht, ihm Unterstützung angebot zu lassen, wenn die Notwendigkeit dazu vorhanden ist...

Freie Bahn dem „Lüchtigen“

Sie jeder Platz Lüchtigkeit verlangt, so ist auch Lüchtigkeit über alles an Platz. Die Nachfolger der herrschenden Gesellschaftsordnung haben es seit jeher ausgerechnet, was ihnen die große Masse Erbschaft und Besondere vor den Gottesbesessenen beibringen, als seien wir dort ohne wahre Lüchtigkeit, große Taten, besondere Leistungen zu fordern...

Die große Masse der Arbeiter haben nicht den geringsten Grund, ihr Erbschaftsvermögen auf menschenswürdiges Leben und gerechte Behandlung ihrer Leistungen zu verzichten...

Die große Masse der Arbeiter haben nicht den geringsten Grund, ihr Erbschaftsvermögen auf menschenswürdiges Leben und gerechte Behandlung ihrer Leistungen zu verzichten oder gar zu verkaufen für das Sündenvergnügen der Ausschlagbarkeit irgend eines „Begabten“; auch dann nicht, wenn dieser Ausschlag zu einem Ministerstuhl führen kann...

Briefwucher

Deutschlands Reichspostminister hat, obgleich der Reichstag ablehnte, die Posttaxe ganz gewaltig erhöht. Dazu sind auch eine Reihe postfälliger Erleichterungen, die nach jahrelanger Erfahrung geschaffen wurden, rückwärtslos beseitigt worden. Das Post ist für die Post und seinen Minister da, nicht etwas, wie hilflose Gemüter zu glauben scheinen, daß die Post eine Einrichtung für das Volk sei...

Eine Partie Märbel gefällig?

Was Märbel sind? Nun, buntfarbige Kugeln aus Ton oder Glas, Amspielzeug. Mit diesen bunten Dingen können die Kollegen einiger Abteilungen der Weltfirma Leo Dammery, Nabelfabrik (Nachen) sich ab und zu Sport nach Feierabend „billig“ unterhalten. Doch dazu gehört eine Vorgesichte...

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bezirk Bielefeld: Streik der Heizungsmonteure im Landkreis Lentdorf-Rünster nach dreitägiger Dauer erfolgreich beendet. Spitzenlohn 1.35 M. Bezirk Halle: Tarifbeitrag der Klempner in Dessau, Spitzenlohn auf 1.02 M und ab 1. Oktober auf 1.04 M erhöht...



# Das Ringen in der Hüttenindustrie

## Die Hüttenarbeitsverordnung und ihre Durchführung

Von Georg Meichel

Nach langer, planmäßiger Vorarbeit des DWA ist es gelungen, neben den Hochöfenarbeitern für einen weiteren Teil der unter der Einwirkung starker Hitze, Staub und giftigen Gasen leidenden Hüttenarbeiter den sanitären Achtstundentag nach § 7 des Arbeitszeitgesetzes ab 1. Januar 1928 gesetzlich festzulegen. Die Verordnung umschreibt den Kreis der zu umfassenen Personen durch die Aufzählung bestimmter Betriebsabteilungen; sie setzt ferner den Rahmen ab, innerhalb dessen die Durchführung erfolgen soll. Sie bestimmt ferner, daß die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten bis zum 1. Januar 1928 vorzunehmen sind. Gleichzeitig bietet sie aber den Unternehmern eine Handhabe, das Hinauschieben des Inkrafttretens zu betreiben. Der Reichsarbeitsminister kann die Einführung hinauschieben, wenn die Durchführung der Verordnung nicht „ohne schwere Gefährdung der Industrie“ möglich ist.

In den beteiligten Gewerkschafts- und Arbeiterkreisen gibt sich niemand der Hoffnung hin, daß sich die Umstellung bis zum 1. Januar 1928 glatt vollzieht und etwa die Unternehmer nun freiwillig auf den Boden des Gesetzes treten und an dessen Durchführung mitwirken werden. Sie werden nicht — wie es nach dem Sinn und Wortlaut der Verordnung ihre Pflicht ist — rechtzeitig die Vorbereitungen zur Durchführung des Achtstundentages treffen, sondern umgekehrt alles aufbieten, um eine Hinausschiebung zu erreichen. Das haben die Verhandlungen über den Schiedsspruch für die Nordwestliche Gruppe mit aller Deutlichkeit ergeben. Dort erklärten die Unternehmer frank und frei: „Im Dezember reden wir wieder darüber, ob die Einführung des Achtstundentages erfolgen kann.“ Meiner Überzeugung nach handelt es sich hier weniger um das Können, als vielmehr um das Wollen. Die Hüttenherren wollen die Verkürzung der Arbeitszeit nicht und schieben Verge von Zahlen über die angebliche Belastung ins Feld, um die Durchführung der Verordnung zu verhindern. Zwei gegeneinander stehende Wirtschaftsauffassungen ringen um den Sieg. Nach der Unternehmernauffassung kann nur ein langer Arbeitszeit und ihr angepaßte geringere Stundenlöhne die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt aufrecht erhalten werden. Dem steht die Auffassung der Gewerkschaften und einzelner Sozialpolitiker gegenüber: Die Verkürzung der Arbeitszeit begünstigt den technischen Fortschritt und steigert damit die Ergiebigkeit der Arbeit. Verbunden mit einer höheren Anteilnahme der Arbeiter am Arbeitsertrag, wird zugleich die Kaufkraft gehoben und damit die unentbehrliche Markterweiterung für die im rationalisierten Arbeitsprozeß gesteigerte Produktionskraft erreicht.

Die Hüttenherren, die im Weltkrieg für Annektionen eintraten, dem Finanzmarkt nie so recht die erforderliche Beachtung schenken, kämpfen für eine im Absterben begriffene Wirtschaftsauffassung; ihnen geht es letzten Endes um den Herrschaftspunkt, um die Macht im Staat. Sie haben aus den welt-erlöschenden Ereignissen seit 1914 nichts gelernt. Die Raltzschritzigkeit, mit der sie sich über soziale Notwendigkeiten hinwegsetzen versuchen, wäre sonst nicht zu verstehen. Sie wollen herrschen und beschlen. Allem Anschein nach wird im Dezember d. J. ein harter Kampf um die Durchführung der Verordnung entbrennen. Darauf müssen wir uns schon jetzt einstellen. Leider haben öffentliche Erklärungen des Christlichen Metallarbeiterverbandes die Unternehmer offenbar in ihrer Halsstarrigkeit bestärkt. Von „Führung“, die man unberechtigterweise von dieser Seite beansprucht, war hierbei nichts zu merken.

Bei alledem macht es die Verordnung den Unternehmern verhältnismäßig leicht, sich auf den kommenden Rechtszustand einzustellen. Nicht die gesamten Hüttenarbeiter erhalten den Achtstundentag, sondern — ähnlich wie bei der Verordnung für die Hochöfenarbeiter — nur ein ganz eng begrenzter Teil. Es ist heute möglich, sich mit dem Reichsarbeitsminister darüber auszusprechen, ob die Unterstellung nur eines Teiles der Hüttenarbeiter unter den sanitären Achtstundentag sozial und betriebstechnisch richtig ist. Wir stellen uns vielmehr auf den Boden des Gesetzes. Dabei denken wir aber nicht einen Augenblick daran, den gut begründeten Anspruch aller Hüttenarbeiter auf den sanitären Achtstundentag zurückzustellen. Schon bei den Verhandlungen über den Kreis der unter die Verordnung zu stellenden Personen wird das mit Nachdruck vertreten werden. Unter die Verordnung fallen:

1. in Hochöfenbereiten und Röhringenbereiten an den Öfen und in der Gießhalle beschäftigte Arbeiter;
2. in Martin-, Thomas-, Bessemer-, Elektro- und Liegelstahlwerken mit Arbeiten an dem Wälzer, den Öfen und den Konvertieren beschäftigte Arbeiter einschließlich der Zufuhr des flüssigen Rohesens zu dem Wälzer und des Einbringens des Schmelzergutes in die Öfen und Konverter und einschließlich der Abfuhr des flüssigen oder warmen Erzeugnisses, der Gußformen und der Schlacken;
3. in Puddelwerken die Puddler, Ofenarbeiter und Wappenschmiede;
4. in Walzwerken, abgesehen von den Kaltwalzwerken, die mit Arbeiten an den Tiegeln, Öfen und Walzenstrahlen beschäftigten Arbeiter einschließlich der Zufuhr des warmen Walzergusses; in Hammer- und Presswerken die mit Arbeiten an den Öfen sowie mit Schmieden und Pressen beschäftigten Arbeiter einschließlich der Zufuhr des Eisens und einschließlich der Abfuhr der warmen Erzeugnisse;
5. in den unter den Art. 1 bis 5 bezeichneten Anlagen die Arbeiter an Generatoren, soweit nicht nach Feststellung des Gewerbeaufsichtsbereichs durch die Art der Einrichtung besondere Gefahren für Leben oder Gesundheit der Arbeiter ausgeschlossen sind.

Der Reichsminister wird nach dieser Aufzählung der Meinung sein, daß damit so ziemlich alle Hüttenarbeiter erfasst sind und deshalb den Klagen der Unternehmer über die damit verbundene Belastung leicht Beachtung schenken. Die nähere Prüfung ergibt jedoch, daß es sich im Durchschnitt um ein Drittel der Hüttenarbeiter handelt, die ab 1. Januar 1928 den Achtstundentag erhalten. Es ist also nur eine sehr beschränkte Abgabe der Reichsarbeitsminister auf seine wiederholt abgegebene Versicherung, daß die Hüttenarbeiter den Achtstundentag haben müssen, leistet. Um so weniger aber kann die Rede davon sein, daß etwa im Dezember und Januar auf Grund des Artikels 3 der Verordnung eine Hinausschiebung der Zeit des Inkrafttretens erfolgen könne, wie dies von den Unternehmern schon jetzt verlangt wird. Dagegen werden sich die Hüttenarbeiter und mit ihnen der DWA mit größtem Nachdruck wehren. Die Belastung ist nicht so groß, wie die Unternehmer behaupten, weil im Fortgang der Rationalisierung und der

weiteren technischen Ausgestaltung der Hüttenwerke so bedeutende Produktionssteigerungen zu verzeichnen sind, daß die Verkürzung der Arbeitszeit mehr als ausgeglichen wird. Ein Beispiel aus dem letzten Bericht der Vereinigten Stahlwerke („Besta“) beweist dies:

Die Produktionssteigerung betrug vom 2. Vierteljahr 1926 auf das 2. Vierteljahr 1927 bei: Kohle 13,8 vH, Roß 37,9 vH, Roheisen 65,9 vH, Rohstahl 64,4 vH und Walzblei 55 vH. Das gut eingerichtete Thyssenwerk in Hamborn erzielte vom April 1926 bis März 1927 eine Leistungssteigerung bei Roheisen von 99,1 vH, Rohstahl 113,1 vH und Walzblei 113,8 vH.

Die Belegschaft der „Besta“ ist im gleichen Zeitraum von 173 416 auf 195 905 = 13 vH gestiegen; bei Thyssen von 11 474 auf 11 162 = 2,8 vH gefallen. Je stärker also die Mechanisierung des gesamten Hüttenbetriebes durchgeführt ist, um so geringer ist die Arbeiterzahl. Die Steigerung der Belegschaft bei der „Besta“ ist zudem mit einem Fragezeichen zu versehen, weil auch Abteilungen in Frage kommen und von den Werken mitgezählt werden, deren Erzeugnisse in dem Bericht gar nicht mit aufgenommen sind. Es ergibt sich, daß die Werte in der Lage sind, die mit dem Übergang vom Zwei- zum Dreischichtenbetrieb bezogene Mehrbelastung zu tragen.

Die Verordnung für die Hüttenarbeiter tritt am 1. Januar 1928 in Kraft. Es heißt, „daß die Vorbereitungsarbeiten bis zum 1. Januar 1928 vorzunehmen sind“. Vom DWA ist bereits bei den Nachverhandlungen über den Schiedsspruch für die Nordwestliche Gruppe ernstlich der Versuch gemacht worden, diese Vorbereitungsarbeiten schon jetzt aufzunehmen, um den Übergang vom Zwei- zum Dreischichtsystem wirtschaftlich möglichst leicht zu machen. Wir schlugen vor, ab 1. oder 15. August die Arbeiter der Thomas-Stahlwerke, anschließend einen Monat später die Arbeiter der Hochöfenstrahlen, hierauf die Arbeiter der Martin-Stahlwerke usw. in die dreigeteilte Schicht einzureihen und damit einen allmählichen Übergang herbeizuführen. Dieser Vorschlag, der auch die Beschaffung und Heranbildung der benötigten leistungsfähigen Arbeitskräfte erleichtert hätte, wurde von den Unternehmern abgelehnt. Sie betreiben rücksichtslos das Hinauschieben der Verordnung. Weil sie das Ganze verhindern wollen, denken sie nicht an das geringste Entgegenkommen, auch dann nicht, wenn es praktisch vorteilhaft ist. Das deutet auf eine scharfe Zuspitzung der Lage und auf ernsthaftige Auseinandersetzungen im Dezember und Januar hin, auf die sich die Arbeiter rüsten müssen. Die Arbeitszeitverkürzung für die Hüttenarbeiter ist durch den DWA in Fuß gebracht. Sache der Hüttenarbeiter ist es nun, die Bewegung im Gang zu halten und mit dem Verband nachhaltig auf die Durchführung der Verordnung zu dringen. Nach Durchführung der Verordnung werden die Hüttenarbeiter keineswegs den Himmel auf Erden haben. Einen erheblichen Teil ihres Lebens sind sie nachts an die Betriebe gefesselt und müssen der trübsamsten Ruhe entsagen, die ihnen der Schlaf am Tag nicht bieten kann. Da aber anders der Arbeitsgang in den Hüttenwerken nicht zu bewerkstelligen ist und zwangsweise nachts gearbeitet werden muß, hat der Hüttenarbeiter einen größeren Anspruch auf die achtstündige Arbeitszeit.

Vom Reichsarbeitsminister, in dessen Hand weitgehend die Entscheidung über die Durchführung des sanitären Achtstundentages liegt, erwartet die Arbeiterschaft die unbedingte Zurückweisung der Versuche der Unternehmer auf Hinausschiebung des Inkrafttretens der Verordnung. Der Reichsarbeitsminister, der verständig im rechtsgerichteten Kabinett keinen ganz leichten Stand in bezug auf die Herausbringung der Verordnung hatte, wird dem Drängen der Unternehmer um so leichter widerstehen können, je nachhaltiger die Hüttenarbeiter durch den Beitritt zum Verband den unbegleitbaren Willen für die Erämpfung des Achtstundentages zu erkennen geben.

## Die Arbeitszeitbewegung in der Nordwestlichen Gruppe

Durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches über die Regelung der Arbeitszeit in der Eisen- und Stahlindustrie der nordwestlichen Gruppe hat eine lang vorbereitete Bewegung vorläufig ihr Ende gefunden und es ist notwendig, dabei rückwärtend einige Betrachtungen anzustellen:

Seit der Verlängerung der Arbeitszeit im Jahre 1923 haben sich die Gewerkschaften unablässig bemüht, die Arbeitszeit wieder zu verkleinern. Schlechte Abfahrmöglichkeiten, Geldknappheit, schlechte Rentabilität der Betriebe wurden seitens der Arbeitgeber als Begründung für ihre Ablehnung gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften angegeben. Öffentlichkeit und Regierung wurden seit Jahren ständig durch die Unternehmernpresse und Kräfte aller Art mit diesen Mitteilungen bearbeitet. Den Gewerkschaften und besonders den Angehörigen wurde mancher Artikel gewidmet, die alle in dem Ton ausfielen: Die Gewerkschaften und ihre Führer haben kein Verständnis für die Belange der Wirtschaft, sie jagen einem Phantom nach und gebrauchen Verlogenheitsreden, um ihre Forderungen zu begründen. Diese Stellung behielten die Arbeitgeber auch bei, nachdem besonders im zweiten Halbjahr 1926 eine wesentliche Besserung der Wirtschaftsverhältnisse eingetreten war.

Die Rationalisierung führte zu einer erheblichen Steigerung der Erzeugung, dagegen zu einer Verminderung der Belegschaften und einer Berringerung der Beschäftigungskosten. Einige Beispiele mögen Aufklärung geben:

In 15 Hochöfenbetrieben des Bezirks waren im Juli 1926 86, im März 1927 84 Öfen vorhanden. Von diesen waren im Juli 1926 48, im März 1927 55 Öfen in Betrieb. Erzeugt wurden im Juli 1926 insgesamt 619 416 Tonnen, im März 1927 insgesamt 725 259 Tonnen, also ein Mehr von 105 843 Tonnen = 17,1 vH. Die Arbeiterzahl in diesen Betrieben betrug im Juli 1926 8294 und im März 1927 8693 oder 4,8 vH mehr.

In 14 Martinwerken waren im Juli 1926 76 und im März 1927 92 Öfen in Betrieb. Die Erzeugung betrug im Juli 1926 281 172 Tonnen, im März 1927 377 123 Tonnen = ein Mehr von 34,1 vH. Die Arbeiterzahl betrug im Juli 1926 4409, im März 1927 5156 = 16,9 vH mehr.

Diese Beispiele konnten noch beliebig erweitert werden. Diese Tatsachen konnten von Arbeitgeberseite nicht abgestritten werden, aber man ist ja um eine Begründung nicht verlegen. Die Auslandsorientierung der Vereinigten Staaten, Frankreich, Luxemburg und Belgien mußte herhalten. Wissenswert ist, daß die französische erzeugende Industrie Ende April einen Antrag an ihre Regierung stellte, die Rohpreise herabzusetzen wegen der immer stärker werdenden deutschen Konkurrenz (!). Ferner ist zu beachten, daß fast drei Viertel der Produktion durch den anerkannt aufnahmefähigen Inlandmarkt mit den guten Inlandspreisen abgesetzt werden konnte, viele Werke sind in einzelnen Branchen auf Monate ausverkauft. Andere verlangen lange Lieferfristen. Die Arbeitgeber beschäftigen selbst, daß die Produktion im ersten Halbjahr 1927 eine noch nie dagewesene Höhe erreicht habe. Wenn weiter der Standpunkt vertreten würde, daß sich die im Ausland aufgenommenen Kapitalien „anständig“ verzinsen müßten, so ist

hier sofort erkennbar, daß das Unternehmertum glaubt, in der allerhöchsten Zeit neben einer Dividende von mindestens 8 vH und den üblichen Abschreibungen diese Schulden loszumerden. Und alle diese Lasten sollen der Arbeiterschaft aufgeschuldet werden durch lange Fron und hohen Lohn. Man hütel sich wohlweislich, die oft angezogenen hohen Direktorengehälter bekanntzugeben.

Den seitens des reichsstatistischen Amtes angestellten Untersuchungen einzelner Werke des Westens muß von der Arbeiterschaft Mißtrauen entgegengebracht werden, da: 1. kein Arbeitnehmervertreter an diesen Untersuchungen beteiligt war und 2. bei einer solchen Untersuchung nicht nur ein Bruchteil der Produktion, sondern alles untersucht werden muß, denn die erzeugende Industrie stellt ja nicht nur Roheisen, Rohstahl, Halbzeug usw. her, sondern es kommen auch noch Nebenprodukte, wie Thomaschlackenmehl, Schlackensteine u. a. m. in Frage.

Um im Reigen der Gegner gegen den Achtstundentag nicht zu fehlen, erklärten natürlich auch die Vertreter der weiterverarbeitenden Industrie, daß an eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu denken sei, obwohl ihnen treffend nachgewiesen werden konnte, daß andere Wirtschaftgebiete — Süddeutschland, Mittel- und Norddeutschland — die nicht auf den Rohstoffquellen liegen und somit schon hinsichtlich ungünstiger gestellt sind, neben höheren Löhnen seit Jahren eine kürzere Arbeitszeit haben, sogar solche, die frei vereinbart sind.

Wir werden gegen jede Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung kämpfen, wir werden, nachdem der Reichsarbeitsminister entgegen unsern Mahnungen die Verordnung vom 16. Juli 1927 herausgegeben hat, beantragen, daß die Achtstundenschicht in den genannten Betrieben nicht am 1. Januar 1928, sondern erst wesentlich später durchgeführt wird; so sagten die Vorführer der Arbeitgeber. Im Arbeitsausschuß des vorläufigen Reichsarbeitsrats haben auch die Arbeitgebervertreter für die bestehende Fassung der Verordnung gestimmt.

Das ist so richtig die Gesamteinstellung der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustriellen. Es sind Herrenmenschen, die ihren Einfluß auf Regierung und Behörden wie in der Weltkriegszeit ausüben wollen.

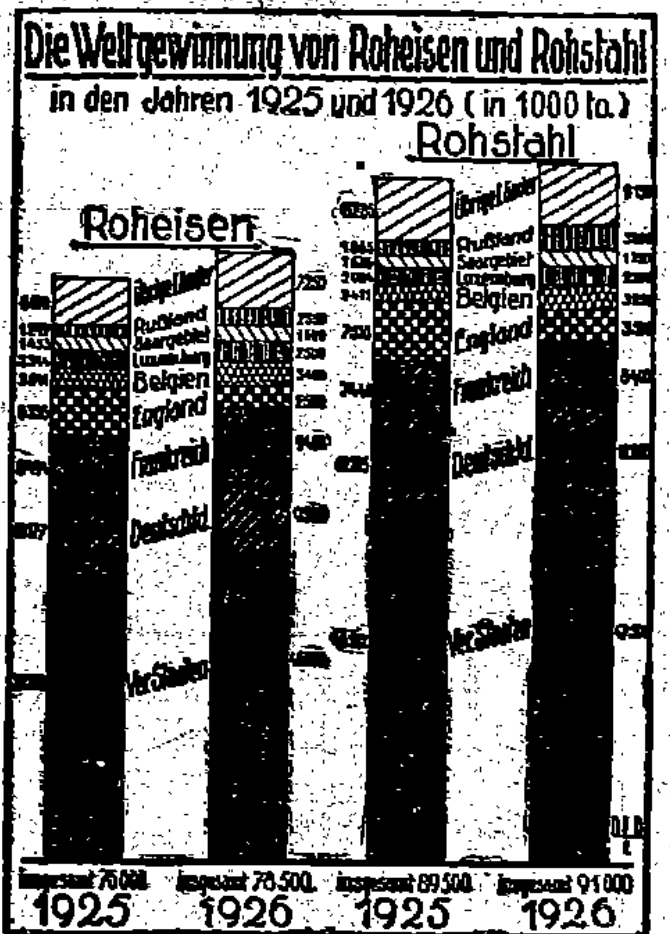
Der Schiedsspruch vom 20. Juli 1927 befriedigte natürlich in keiner Weise. Eine Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom 24. Juli 1927 hat die Mängel desselben durch eine Entschliessung klar zum Ausdruck gebracht. Ungenügend der Einführungsfrist in der dreigeteilten achtstündigen Schicht, ungenügend die Verkürzung der Arbeitszeit allgemein, kein Lohnausgleich, das waren die Gründe für die Ablehnung.

Trotz scharfer Unterstreichung dieser Mängel bei den Nachverhandlungen war es nicht möglich, eine Verbesserung des Schiedsspruches zu erreichen.

Eine ungünstige Wendung der Bewegung trat mit der Veröffentlichung des christlichen Metallarbeiterverbandes ein: „ein wirtschaftlicher Kampf wird abgelehnt wegen der großen Zahl der Unorganisierten“. Daß die Unternehmer die Behauptung aufstellen, daß die Mehrzahl der Arbeiterschaft die Organisationen ablehne und nur ein geringer Bruchteil deren Anweisungen Folge leiste, ist ihnen, obwohl es immer nur Behauptungen bleiben, nicht unbel zu nehmen. Aber daß eine angebliche Arbeitergewerkschaft während einer Kampfhandlung diese Meinung der Arbeitgeber öffentlich bekräftigt, dürfte noch in der Gewerkschaftsgeschichte eine große Seltenheit sein. Daß derartige Einstellungen auf die übrige Arbeiterschaft niederdrückend wirken müssen, ist klar; denn ein Bundesgenosse hat ohne zwingenden Grund die Front verlassen. Prozig erklärten die Arbeitgeber in Berlin und Düsseldorf: „Wir ziehen den Kampf einer Verbindlichkeitsklärung vor.“ Man wachte ja auf der Gegenseite, wenn es hart auf hart gehen sollte, die Front hat eine Lücke.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung ist noch nicht beendet und wird im Dezember nicht minder schwer sein. Die Arbeiterschaft muß daraus die notwendige Lehre ziehen.

Die kommunistische Presse hat wie man von ihr nicht anders gewohnt ist, mit Lügen und Verdrehungen die Gewerkschaften und ihre Anführer in der schmutzigsten Weise beschimpft. Der Schiedsspruch mußte von den reformmüden Gewerkschaftsführern verhindert werden! Wie bleibt das Geheimnis dieser Leute. Man beantragt Mißtrauensklärungen gegen die Bezirksleitung, weil sie nicht zum Kampf aufruft, obwohl sie wissen, daß das Verbandsstatut auch für die Bezirksleitung gilt und die Haltung des Vorstandes, der Bezirksleitung und der Verhandlungskommission von einer Konferenz mit 92 Teilnehmern gegen 5 Stimmen gutgeheißen wurde. Was schert das jene? Unter der Parole: „Einheitsorganisation“ wird die Zersplitterung und die gewerkschaftliche Brunnenergitterung betrieben. Es wird notwendig sein, sich gelegentlich diese ausgesprochenen Schädlinge der Gewerkschaften näher anzusehen. R. B.



Die Weltproduktion von Roheisen im Jahre 1926 war um rund 2 1/2 Millionen Tonnen gegenüber 1925 gestiegen, die Rohstahlproduktion um rund 1 1/2 Millionen Tonnen. Die Erzeugung von Roheisen hat noch nicht den Vorkriegsstand erreicht, während die Rohstahlerzeugung ihn erheblich überschritten hat. Die Gesamtzunahme kam vornehmlich den Vereinigten Staaten zugute, in Europa hatten dagegen wichtige Erzeugungsländer eine beträchtliche Abnahme gegenüber dem Vorkriegsstand zu verzeichnen. Deutschland nimmt innerhalb Europas immer noch die führende Stellung ein.

Im Rohstahlverbrauch der Welt stehen die Vereinigten Staaten mit 411 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung an erster Stelle. Im weiten Abstand folgt Belgien mit Luxemburg bei einem Verbrauch von 313 Kilogramm pro Kopf, dann Deutschland, das nur 155 Kilogramm Rohstahl pro Kopf der Bevölkerung verbraucht. Nicht folgen ihm England und Frankreich mit 152 und 149 Kilogramm, während der nächste Industriestaat Italien mit 56 Kilogramm pro Kopf weit hinter diesen Verbrauchszahlen zurückbleibt.



Martin Segitz †

Der Verband hat einen seiner Gründer und Vorläufer verloren und mit ihm wurde ein weiterer Weggenosse genommen...

Am Sonntag, dem 31. Juli hat der Tod dem Wirken dieses Vorläufers der sozialistischen Arbeiterbewegung ein Ende gesetzt...

Segitz nahm 1888 auf Veranlassung Grillenbergers die Stelle als Berichterstatter und Expedient der Fränkischen Zeitung...

er das Ministerium des Innern und das Sozialministerium. Der münchener Kämpfer bedeutete das Ende des Ministeriums Hoffmann...

Nun hat der unermüdbliche und erfolgreiche Kämpfer die Waffen vor einem Stärkeren strecken müssen. Wir sind dessen gewiss, daß alle Kollegen...

Schriftenschau

Die vier Tage der Janus-Weise. Von Eva Klaz. Vier Tage umspannen das Leben, das Schicksal einer Frau...

Die Verfassungsnunmer des 'Wahren Jacob', Nr. 3, werden erscheinen, stellt eine Festsammlung dar...

'Landarbeiter-Anhänger'. Herausgeber: Deutscher Landarbeiter-Verband...

Automobil-Reparaturen. Handbuch für Automobil-Werkstätten. Von Dipl.-Ing. Walter Pfeiffer...

Werkstätten. Herausgeber: Eugen Simeis. Verlag Julius Springer...

Mitteilungen des Vorstandes

Telegramm-Adresse: Metallvorstand Stuttgart. Telephon-Nummern: S-A. 625 41, S-A. 625 42, S-A. 639 00

Mit Sonntag dem 14. Aug. ist der 34. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. August 1927 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt

Table with columns: Verwaltung, für Mitglieder der Beitragsklasse, Beitrag der Extrabeiträge

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung natursartiger Rechte zur Folge.

Das Mitgliedsbuch Nr. 5536 228, ausgestellt für Leonhard Esflein, geb. 22. April 1888 zu Nürnberg...

In letzter Zeit sind häufig Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet worden über Angelegenheiten...

Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß sich alle Mitglieder um ihren Angelegenheiten zunächst an die zuständige Ortsverwaltung wenden haben.

Stuttgart, Rotestraße 16. Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! - Zutritt ist fernzuhalten

von Metallarbeitern aller Branchen nach München (Bambler Werke, u. G. Vereinigte Eisen- und Stahlwerke...

von Metallarbeitern nach Wittenberg (Norddeutsche Aluminiumwerke Wittenberg, Rothemann) W.

S = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Ri. = Mißstände; A. = Aussperrung

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbandsanzeigen

Dresden. Als Angestellter wurde Kollege Seiffert, Dresden, gesucht. Allen übrigen Werbenden besten Dank.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rotestraße 16

Goeben erscheint: Die deutsche Elektrizitätsversorgung

Preis 5 Mark bei Bezug durch die Verwaltungstellen. Durch den Buchhandel bezogen 5 Mark

ZIGARETTEN GEG-ZIGARETTEN IM KONSUMVEREIN

Werkzeug Probnummer kostenlos

Wochenraten

Organisierte Arbeiter kaufen Frischaufräder

Als Schmeißer

Garantie-Fahrräder

Billige böhmische Bettfedern

Meinel & Herold Klingsenthal No. 270

Druckarbeiten

Größte Produktion der Welt! OPEL

Musik-Instrumente

Wartburg-Geld-Lotterie

Meinel & Herold Klingsenthal No. 270

Druckarbeiten

Größte Produktion der Welt! OPEL

Musik-Instrumente

Wartburg-Geld-Lotterie